



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Minister

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Peter Sönnichsen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 09. August 2011

**Jahresbericht 2010 für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“
(Kapitel 1116)
Übersicht über die „Allgemeinen Schuldverpflichtungen“ und Bürgschaften des
Landes Schleswig-Holstein Ende 2010
Übersicht über den Schuldenstand der ausgegliederten Bereiche Ende 2010**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit Bezug auf die Vereinbarungen zur Berichterstattung über den Aufgabenbereich
„Kredite, Finanzderivate, Schulden“ übersende ich Ihnen in der Anlage 1 den Jahresbericht
2010.

In der Anlage 2 übersende ich eine Übersicht über den Stand der „Allgemeinen Schuld-
verpflichtungen“ des Landes und der Landesbürgschaften per Ende 2010 entsprechend
der Berichtspflicht lt. Landesschuldbuchordnung.

Zur ergänzenden Darstellung der Verschuldungssituation des Landes ist in Anlage 3 – wie
bereits im letzten Jahr- eine Übersicht der Schulden der aus dem Haushalt ausgelagerten
Bereiche Liegenschaftsverwaltung, Vermögensbeteiligung und Krankenhausfinanzierung

beigefügt. Die Schulden der Liegenschaftsverwaltung (LVSH) und der Vermögensbeteiligung (GVB) sind per 01.01.2011 in den Landeshaushalt übertragen worden.

Ich möchte die Vorlage mit einigen kurzen Hinweisen verbinden:

- Das Kredit- und Zinsmanagement des Landes wurde auch in 2010 wesentlich durch die Auswirkungen der Finanzkrise geprägt. Dominiert durch die Flucht in sichere Anlagen wurden zinsseitig historische Tiefststände erreicht. Die Liquidität des Landes war durch die vorausschauende Finanzierungsstrategie auch in 2010 zu jeder Zeit gewährleistet. Darüber hinaus wurden die günstigen Zinsphasen zur vorzeitigen Sicherung zukünftiger Kreditkosten genutzt.
- Insgesamt ist auch in 2010 die Optimierung der Zinskostenstruktur unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Landes gelungen. Die günstige Zinsentwicklung und die darauf ausgerichteten Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements trugen dazu bei, dass die Zinsausgaben mit 969 Mio. € -trotz der Auswirkungen der Neuverschuldung 2009 in Höhe von knapp 1 Mrd. €- nur geringfügig über dem Vorjahr lagen (2009: 946 Mio. €). Auch das wirtschaftliche Ergebnis in Form der Zinsminderausgaben im Vergleich zur Benchmark erreichte mit 48 Mio. € das hohe Vorjahresniveau (2009: 52 Mio. €).

Zwar wird sich kurzfristig die relativ günstige Entwicklung der Zinsausgaben aufgrund der krisenbedingten Sonderfaktoren voraussichtlich noch fortsetzen. Allerdings ist mittelfristig angesichts des dramatischen Verschuldungsniveaus der öffentlichen Hände und der zu erwartenden Normalisierung der Zinssätze mit einem deutlichen Anstieg der Zinsausgaben zu rechnen. Das Land Schleswig-Holstein steht in den nächsten Jahren vor gewaltigen finanzpolitischen Herausforderungen.

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Wiegard

Anlagen: 3

Jahresbericht 2010

für den budgetierten Aufgabenbereich:

Kredite, Finanzderivate, Schulden
Kapitel 1116

***Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein***

Referat VI 25

*Kredit- und Zinsmanagement,
Schulden- und Derivatverwaltung*

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassende Kurzdarstellung	I
1. Einleitung	1
2. Rahmenbedingungen und Planungsgrundlagen	1
2.1 Wirtschafts- und Zinsentwicklung.....	1
2.2 Eckdaten der Kreditfinanzierung, Zinsprognose und strategische Planung.....	4
3. Geschäftsabschlüsse 2010: Volumen und Struktur	5
3.1 Kredite	5
3.1.1 Ermächtigungen und Abschlüsse.....	5
3.1.2 Laufzeit- und Zinsbindungsstruktur	6
3.1.3 Kreditarten und Gläubiger	6
3.1.4 Zeitliche Deckung des Kreditbedarfs.....	7
3.2 Finanzderivate	9
3.2.1 Ermächtigungen und Abschlüsse.....	9
3.2.2 Abschlussstruktur und Zielsetzungen.....	10
3.2.3 Vorzeitige Auflösung von Finanzderivaten und Umstrukturierungen	11
3.3 Zinsbindungs- und Kostenstruktur der Kredite und Finanzderivate	12
4 Ergebnisse und Risiken	13
4.1 Haushaltsmäßiges Ergebnis	13
4.2 Wirtschaftliches Ergebnis.....	13
4.2.1 Wirtschaftliche Ergebnisse im Bereich Kredite und Finanzderivate	14
4.2.2 Wirtschaftliche Ergebnisse im Bereich Schulden- und Derivatverwaltung	14
4.3 Entwicklung der Risiken.....	15
4.3.1 Zinsänderungsrisiken, Limite.....	16
4.3.2 Kreditrisiken aus Finanzderivaten	17
4.3.3 Operationelle Risiken	17
5 Entwicklung und Struktur der Gesamtverschuldung	18
5.1 Fundierte Schulden und Kreditmarktschulden.....	18
5.2 Struktur der Wertpapiersschulden	20
5.3 Gläubigerstruktur der Schuldschein- und Vertragsdarlehen.....	21
5.4 Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden	23
5.5 Struktur der Verzinsung	23

Abbildungsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Abbildung 1: Zinsentwicklung am europäischen Geld- und Kapitalmarkt 2010.....	3
Abbildung 2: Ermächtigung und Abschlüsse Kredite 2010.....	5
Abbildung 3: Kreditbedarf und Kreditabschlüsse in den Monaten des Jahres 2010.....	8
Abbildung 4: Ermächtigungsrahmen und Bestandsentwicklung Derivate in 2010.....	9
Abbildung 5: Aufteilung Abschlussvolumen Finanzderivate	10
Abbildung 6: Entwicklung Abschlussvolumen Zinsderivate 2000-2010	11
Abbildung 7: Vertragsbestand Zinsderivate per Stichtag 31.12.....	11
Abbildung 8: Umstrukturierungen im Derivatbereich in 2010	12
Abbildung 9: Wirtschaftliches Ergebnis 2010.....	14
Abbildung 10: Fallzahlen der Schulden- und Derivatverwaltung.....	14
Abbildung 11: Leistung und Anzahl der Abschlüsse/Abtretungen gewichtet nach Schwierigkeitsgrad.....	15
Abbildung 12: Limit für das haushaltsmäßige Zinsänderungsrisiko.....	16
Abbildung 13: Veränderung der Schuldenstruktur 2010.....	18
Abbildung 14: Entwicklung der fundierten Schulden	19
Abbildung 15: Struktur der Gesamtverschuldung nach Kreditarten.....	19
Abbildung 16: Entwicklung Kreditmarktschulden 2007-2010.....	20
Abbildung 17: Struktur der Kreditmarktschulden 2006-2010	20
Abbildung 18: Entwicklung Wertpapierschulden 2007-2010	21
Abbildung 19: Entwicklung Wertpapiereigenbestand 2007-2010	21
Abbildung 20: Gläubigerstruktur Schuldschein-/Vertragsdarlehen 2007-2010	22
Abbildung 21: Gläubigerstruktur Schuldscheindarlehen 31.12.2010	22
Abbildung 22: Fälligkeitsstruktur Kreditmarktschulden 31.12.2010	23

Zusammenfassende Kurzdarstellung

Wirtschafts- und Zinsentwicklung

Auf die globale Rezession des Jahres 2009 folgte im vergangenen Jahr eine bemerkenswert kräftige konjunkturelle Erholung: Das weltweite BIP stieg 2010 um 4,80%. Im Euroraum wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Durchschnitt um 1,7% an, wobei dieses Wachstum regional sehr divergierte: Während Deutschland mit einem Wirtschaftswachstum von 3,8% sogar Experten verblüffte, verharren Griechenland, Portugal und Irland in der Rezession bzw. Stagnation. In diesen Nationen manifestierte sich im Jahresverlauf eine schwere Staatsschuldenkrise, die weiter als Belastung für die gemeinsame Währung und den internationalen Konjunkturausblick fortwirkt.

Die außerordentlichen Maßnahmen der EZB zur Stabilisierung des Bankensystems durch massive Bereitstellung von Liquidität für Geschäftsbanken zeigten 2010 Wirkung und wurden schrittweise zurückgeführt. Eine Leitzinserhöhung ist im letzten Jahr mit Blick auf die Schuldenkrisenländer noch ausgeblieben. Der Zinssatz für die 10-jährige Laufzeit sank von 3,69% bis zum Spätsommer auf 2,42%, bevor er zum Jahresende wieder auf 3,39% anstieg. Er lag im Durchschnitt bei 3,12%. Der kurzfristige 6-Monatssatz schwankte im ersten Halbjahr 2010 nur gering um die 1%-Marke, bevor er ab Juli sukzessiv bis auf 1,24% anwuchs. Er betrug durchschnittlich 1,08%. Insgesamt erreichte das Zinsniveau im lang- und im kurzfristigen Bereich einen historischen Tiefststand.

Optimierungsmaßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements

Unter Berücksichtigung der Zinsentwicklung und des Liquiditätsbedarfs ist das Kredit- und Zinsmanagement des Landes darauf ausgerichtet, die Folgekosten aus der Kreditaufnahme unter Ergebnis-Risiko-Abwägungen zu optimieren. Inhaltlich geht es um die Verankerung möglichst niedriger Zinskosten unter Berücksichtigung der Zinsänderungsrisiken über einen langfristigen Zeitraum von mindestens zehn Jahren, also einschließlich der Finanzplanung.

Die **Kreditfinanzierungen (Abschlussvolumen rd. 4,6 Mrd. €)** wurden wie folgt strukturiert:

- Dem Kapitalmarktrend der Vorjahre folgend wurden 75% der Finanzierungen in Form größervolumigen Wertpapieremissionen mit relativ kurzer Laufzeit bzw. variabler Verzinsung abgeschlossen (2009: 73%). Der bis 2006 dominante Anteil der relativ kleinteiligen Schulscheindarlehen reduzierte sich entsprechend.
- 71% (2009: 63%) der Finanzierungen tragen eine feste Verzinsung. Der Anteil an variabel verzinslichen Krediten betrug demnach 29% (2009: 37%).
- Die durchschnittliche Rendite der Festzinsdarlehen erreichte ein Rekordtief von 2,67% (2009: 3,07%). Die Durchschnittslaufzeit konnte auf 7,9 Jahre erhöht werden (2009: 6,3 Jahre) und lag damit erstmals seit 3 Jahren wieder über dem langjährigen Mittel.

Das Finanzministerium setzt bereits seit 1992 erfolgreich **Finanzderivate** zur Optimierung der Kreditkonditionen und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken ein. In 2010 erreichte das **Abschlussvolumen** wiederum ein relativ hohes Niveau von **insgesamt rd. 3,11 Mrd. €** (2009: 3,26 Mrd. €). Zentraler Strategieschwerpunkt mit einem Anteil von fast 85% war die vorzeitige Sicherung der zukünftigen Finanzierungen.

- Entgegen dem Trend in den Vorjahren entfiel der überwiegende Anteil der Abschlüsse (2,0 Mrd. €, 64%) marktbedingt auf Zinsoptionen, der Rest auf Zinsswaps (1,11 Mrd. €, 36%).
- Mit Bezug auf die haushaltsgesetzlichen Ziele des Derivateinsatzes entfiel ein höherer Anteil auf die Begrenzung von Zinsänderungsrisiken (1,63 Mrd. €, 52%), der übrige Teil auf die Optimierung der Kreditkonditionen (1,49 Mrd. €, 48%).
- Der gesetzlich verankerte Höchstbetrag für den Gesamtbestand an Finanzderivaten, der sich auf den Gesamtschuldenstand des Vorjahres bezieht (§ 18 Abs. 7 LHO), wurde im gesamten Jahresverlauf eingehalten.

Konsolidierte Betrachtung: Kredit- und Derivatbereich

Eine Beurteilung der Zinsbindungs- und damit der Kostenstruktur der Verschuldung ist nur im Zusammenhang von Krediten und Finanzderivaten aussagekräftig. Das Land orientiert sich bei den Finanzierungen grundsätzlich an der Investorennachfrage. Die Finanzderivate dienen der Feinsteuerung der Zinskosten. Die Derivate werden im Regelfall mit einer kürzeren Festbindung und zeitlichem Vorlauf abgeschlossen. Mit Bezug auf das Finanzierungsvolumen in 2010 über 4,6 Mrd. € ergeben sich folgende Auswirkungen:

- So wurde der Anteil der variablen Zinsverpflichtungen von 29% auf 16% nahezu halbiert. Der Festzinsanteil erhöhte sich dementsprechend auf 84% und lag nur geringfügig niedriger als im Vorjahr (90%).
- Unter Berücksichtigung der vorab vorgenommenen Sicherungen verkürzte sich die durchschnittliche Laufzeit der Festzinsdarlehen geringfügig von 7,9 auf 7,5 Jahre. Die entsprechende Durchschnittsrendite erhöhte sich leicht von 2,67% auf 2,79% und lag damit deutlich unterhalb der bereits niedrigen Vorjahresrendite von 3,33%.
- Die gesetzlich festgelegte Höchstgrenze für die Schwankungsbreite der Zinsausgaben betrug in 2010 60 Mio. € (Limit für das Zinsänderungsrisiko gem. §2 (4) HG 2009/2010). Im Haushaltsvollzug wurde die vorgegebene Limitgröße stets eingehalten.

Ergebnisse

Haushaltsmäßige Ergebnisse

In 2010 betragen die haushaltsmäßigen Zinsausgaben 968,6 Mio. € und stiegen im Vergleich zum Vorjahr leicht um 18,2 Mio. €. Die Mehrbelastung von rd. 30 Mio. € aus der Neuverschuldung 2009 in Höhe von knapp 1 Mrd. € konnte somit in etwa hälftig kompensiert werden. Das Haushalts-Soll von 1.056,3 Mio. € wurde unterschritten.

Wirtschaftliches Ergebnis

Beim Land Schleswig-Holstein werden die Zinsausgaben im Zuge der Budgetierung durch Gegenüberstellung der Zinsausgaben mit einer Benchmark gesteuert. In 2010 wurde ein positives wirtschaftliches Ergebnis in Form von geringeren Zinsausgaben in Höhe von 47,66 Mio. € erzielt. Dieses Ergebnis liegt leicht unterhalb der geplanten Zielgröße von 53,6 Mio. € und dem Vorjahreswert (51,9 Mio. €). Unter Berücksichtigung der außerordentlichen Einmalbelastungen in Höhe von fast 70 Mio. €, die zu entsprechenden Entlastungen in den Folgejahren führen, ist das ein sehr gutes, überdurchschnittliches Ergebnis.

Im Abwicklungsbereich (Schulden- und Derivatverwaltung) werden die wirtschaftlichen Ergebnisse anhand von qualitätsgewichteten Fallzahlen für die wichtigsten Aufgaben ermittelt. Aufgrund des wachsenden Schuldenstandes hat sich die Zahl der Schuldbuchkonten leicht erhöht. Die Komplexität der Kapitalmarktgeschäfte stellt auch hier erhöhte Anforderungen an die zu erbringenden Leistungen.

Struktur der Gesamtverschuldung

Die konservative Finanzierungsstrategie schlägt sich auch in den wesentlichen Kennzahlen zur Gesamtverschuldung per Ende 2010 nieder. Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes blieb nahezu konstant bei 5,54 Jahren (2009: 5,61). Damit konnte die im Zeitablauf bestandsseitige Verkürzung der Restlaufzeit durch die längerfristigen Neugeschäfte fast vollständig kompensiert werden. Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist, die neben der Laufzeit auch die Struktur der Verzinsung berücksichtigt, erhöhte sich durch die umfänglichen Sicherungen im Derivatbereich –trotz des Bestandseffektes- sogar leicht auf 4,5 Jahre (2009: 4,4). Der Anteil der variablen Zinsverpflichtungen am Gesamtbestand ist mit 15% (2009: 10%) weiterhin relativ gering. Insgesamt ist es gelungen, die Kosten-Risiko-Struktur der Verzinsung unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Landes in einem ausgewogenen Verhältnis zu halten.

1. Einleitung

Seit dem Haushalt 2002 wird der Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ (Referat VI25, Kapitel 1116) nach den Grundlagen der Outputorientierten Budgetierung einschließlich der Kosten- und Leistungsrechnung und des Controllings geführt. Die Eckpunkte des Steuerungskonzepts, insbesondere die wirtschaftliche Ergebnisse, Risikolimits und Kosten werden regelmäßig in den „Zusätzlichen Erläuterungen“ im Haushaltsplan dargestellt. Mit dem Finanzausschuss wurde die regelmäßige Berichterstattung in Form eines Jahresberichts für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ vereinbart.

Die Kernelemente des Kredit- und Zinsmanagements sind in den haushaltsgesetzlichen Grundlagen für den Aufgabenbereich (§ 3 HG) verankert. Zentrales Ziel ist die Optimierung der Zinsbelastungen des Landes, d.h. die mittel- bis langfristige Reduzierung der Zinsausgaben (Ergebnis) unter Berücksichtigung der Zinsänderungsrisiken (Risiko).

Zur Ergebnis-Risiko-Steuerung der Zinsausgaben wird seit 2002 das Portfolioverfahren PERZ-SH eingesetzt. Das vom Land in Zusammenarbeit mit externen Partnern entwickelte Verfahren ermöglicht eine Steuerung auf Basis der Erkenntnisse der modernen Kapitalmarkttheorie unter Berücksichtigung der besonderen Rahmenbedingungen für die Kreditaufnahme der Öffentlichen Hand. Entsprechend der Kapitalmarktentwicklung wird das Verfahren fortlaufend aktualisiert bzw. ergänzt, zuletzt in 2010 und 2011.

Der Jahresbericht gibt einen Gesamtüberblick über die Aktivitäten und Ergebnisse im zurückliegenden Jahr 2010 sowie über die Auswirkungen für die Folgejahre. Unter Ziffer 2 werden die wesentlichen Planungs- und Entscheidungsgrundlagen erläutert. In Ziffer 3 wird auf das Volumen und die Struktur der abgeschlossenen Kredite und Finanzderivate unter Berücksichtigung der Ermächtigungen eingegangen. Anschließend folgt unter Ziffer 4 die Erläuterung der haushaltsmäßigen und wirtschaftlichen Ergebnisse und der Risikoentwicklung. Der letzte Abschnitt Ziffer 5 gibt einen Überblick über die Entwicklung und Struktur der Gesamtverschuldung des Landes.

2. Rahmenbedingungen und Planungsgrundlagen

2.1 Wirtschafts- und Zinsentwicklung

Wirtschaftsentwicklung 2010

Im vergangenen Jahr erfuhr die Welt eine beachtliche Erholung von den konjunkturellen Folgen der Finanzkrise. Während sich noch 2009 eine Kontraktion der globalen Wirtschaftsleistung um 0,6% ereignete, stieg die besagte Größe im darauffolgenden Jahr um überdurchschnittliche 4,8%. Ursächlich dafür war die rasche Erholung der Schwellenländer, insbesondere Indien und China, die überhaupt nur geringfügig von den Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise betroffen waren. In den etablierten Industrienationen fiel die Konjunkturerholung im Allgemeinen eher moderat aus.

Besonders ereignisreich war das Jahr 2010 für die Eurozone: Nachdem im Frühjahr das tatsächliche Ausmaß der Staatsverschuldung Griechenlands offenbar wurde, mussten, unter klarem Verstoß gegen die No-Bail-Out Klausel des EU-Vertrags, umfangreiche Hilfsprogramme unter der Federführung der wirtschaftlich leistungsstarken EU- und Euroländer verabschiedet werden. 110 Mrd. € wurden alleine Griechenland in Form von Krediten unter Beteiligung des IWF zur Verfügung gestellt. 80 Mrd. € davon wurden von den Euroländern mittels bilateraler Darlehen gewährt. Darüber hinaus wurde der EFSF geschaffen, ein Finanzvehikel, das dank staatlicher Garantien von Seiten sämtlicher Eurostaaten zu besonders attraktiven Zinsen finanzielle Mittel am Kapitalmarkt akquirieren kann. Diese Mittel werden als zinsverbilligte Darlehen an all jene Euroländer weitergeleitet, die in einer akuten Notlage Hilfsleistungen dieses Fonds in Anspruch nehmen müssen. Ferner werden zusätzliche Hilfskredite in Höhe von 60 Mrd. € durch ein EU-Nothilfsprogramm (EFSM) und 250 Mrd. € vom

IWF flankierend zum EFSF zur Stabilisierung des Finanzsystems in Europa bereitgestellt. Im November musste zuletzt Irland diese Hilfsprogramme in Anspruch nehmen, während weiterhin Spekulationen über die Solvenz Portugals und Spaniens den Markt für Staatsanleihen bestimmten. Überhaupt dominierte die Lage der Schuldenkrisenländer die Entwicklung am Kapitalmarkt, die stark von Panikreaktionen der Investoren getrieben war. Deutlich wurde dies v.a. im Frühling, als Nachrichten über die desolaten Staatsfinanzen Griechenlands heftige Kapitalumschichtungen zu Gunsten sicherer Anlagen auslösten, was in Finanzkreisen auch als safe-haven Ströme bezeichnet wird.

Besagte Peripherieländer erlebten 2010 entweder wirtschaftliche Stagnation oder, besonders Irland und Griechenland, eine dramatische Rezession. Deutschland realisierte im Gegensatz dazu einen nahezu beispiellosen Aufschwung und konnte 2010 ein BIP-Wachstum von 3,8% (2009: -5%) verzeichnen, während die gesamte Eurozone lediglich 1,7% (2009: -0,75%) Wachstum erzielte. Ursachen dafür liegen zum einen im deutlich verbesserten Exportklima und zum anderen im gestiegenen Binnenkonsum, zu dem neben der wachsenden Kaufkraft durch zunehmende Beschäftigung auch die staatlichen Konjunkturprogramme beigetragen haben.

In den USA blieb ein vergleichbarer Erholungsprozess jedoch bislang aus. Trotz einer extrem expansiven Geldpolitik mit einem Leitzins nahe der Nulllinie und Asset-Käufen durch die FED über mehr als 2 Billionen US-\$, sowie expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen in vergleichbarem Umfang, verharrt das Wachstum weiter unterhalb des langjährigen Trends. Nach einer Schrumpfung des BIP um 2,4% im Vorjahr betrug das Wachstum 2010 lediglich 2,8%. Als Konsequenz der Konjunkturprogramme stieg der Staatsschuldenstand zum Jahresende auf 91,6% des BIPs, eine Problematik, welche die USA nachhaltig belasten wird. Besonders gravierend ist ferner die lethargische Entwicklung am US-Arbeitsmarkt: Durchschnittlich lag die Arbeitslosenquote über das Gesamtjahr hinweg bei 9,6% (2009: 9,3%) und eine nennenswerte Verbesserung der Lage ist immer noch nicht absehbar. Bisher hat sich die exorbitante Überliquidität in US-Dollar noch nicht am Gütermarkt ausgewirkt, die Teuerungsrate lag im Durchschnitt bei 1,6% (2009: -0,4%), dennoch besteht weiterhin ein erhebliches Inflationspotential.

Im Euroraum verbleibt die Arbeitslosenquote hartnäckig auf einem Niveau von 10,0% (2009: 9,4%) und besonders in den Peripherienationen verschlechtert sich die Beschäftigungslage zunehmend. Ganz anders stellt sich die Lage in Deutschland dar, wo die Zahl der offiziell Arbeitslosen insgesamt im Herbst unter 3 Mio. absank. Der Jahresdurchschnitt der Arbeitslosenquote lag bei 7,7% (2009: 8,2%) und damit auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Es zeichnet sich ab, dass der Arbeitsmarkt auch über 2010 hinaus von der hervorragenden konjunkturellen Lage profitieren wird.

Zum Jahresende begannen sich in Deutschland und auch im übrigen Euroraum inflationäre Tendenzen abzuzeichnen: Der Rohölpreis stieg von 70 \$ pro Barrel (Brent) im Sommer 2010 auf über 90 \$ zum Jahresende und auch die Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise wiesen nachfragebedingt eine außergewöhnliche Aufwärtsdynamik auf. Mit 1,1% (2009: 0,4%) im Jahresdurchschnitt war jedoch die Steigerung der deutschen Konsumentenpreise im vergangenen Jahr selbst noch kaum spürbar. In der gesamten Eurozone lag die Inflationsrate nur bei durchschnittlich 1,7% (2009: 0,2%) und damit im preisstabilen Bereich.

Zinsentwicklung 2010

Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik der EZB waren Schwankungen am Geldmarkt im gesamten Jahr 2010 nur vereinzelt zu beobachten. Ganz anders stellte sich die Lage am Kapitalmarkt dar, wo massive Umschichtungen zugunsten sicherer Anlagen wie Bundeswertpapieren im Zuge der Euro-Krise Ende August in einem nie zuvor erreichten Tiefststand des Zinsniveaus mündeten. Anschließend war jedoch bis zum Ende des Jahres wieder ein rascher Anstieg zu beobachten.

Im Einzelnen erfolgte die Refinanzierung des Landes auf dem **Geld- und Kapitalmarkt** in 2010 unter folgenden Rahmenbedingungen:

- Noch zu Beginn des Jahres befand sich der 10-Jahres-Zinssatz bei 3,69% und begann mit Einsetzen der Euro-Krise im Frühjahr bis zum 31.08. auf ein Rekordtief von 2,42% abzusinken. Neben safe-haven Erwägungen trug auch die noch geringe Inflation zu dieser Entwicklung bei, wobei Ersteres jedoch definitiv der dominierende Grund war. Die Bevorzugung sicherer Anlageformen durch die Investoren ließen die Renditen deutscher Staatsanleihen auf ein Allzeittief sinken. Von September an setzte allerdings der Wiederanstieg des oben genannten Zinssatzes auf jahresendlich 3,39% ein. Zu erklären ist dies durch die Hochkonjunktur in der Realwirtschaft und auch die aufkeimende Skepsis der Anleger gegenüber Staatsanleihen angesichts einer sich zuspitzenden Staatsschuldenproblematik in den Industrienationen und besonders in den Peripheriestaaten des Euro-raums. Über das gesamte Jahr lag der 10-Jahressatz durchschnittlich bei 3,12%, einem bemerkenswert niedrigen Niveau.
- Der Zinssatz für **7-jährige Darlehen** -7 Jahre entspricht der angestrebten Durchschnittslaufzeit des Benchmarkportfolios des Landes Schleswig-Holstein- betrug im **Jahresdurchschnitt 2,72%** und lag damit deutlich unter dem Durchschnitt des Vorjahres (2009: 3,45%). Da das genannte Benchmarkportfolio maßgeblich für die Erfolgsmessung des Schuldenmanagements ist, markiert dieser Zins eine zentrale Einflussgröße für die Ermittlung des wirtschaftlichen Erfolgs.

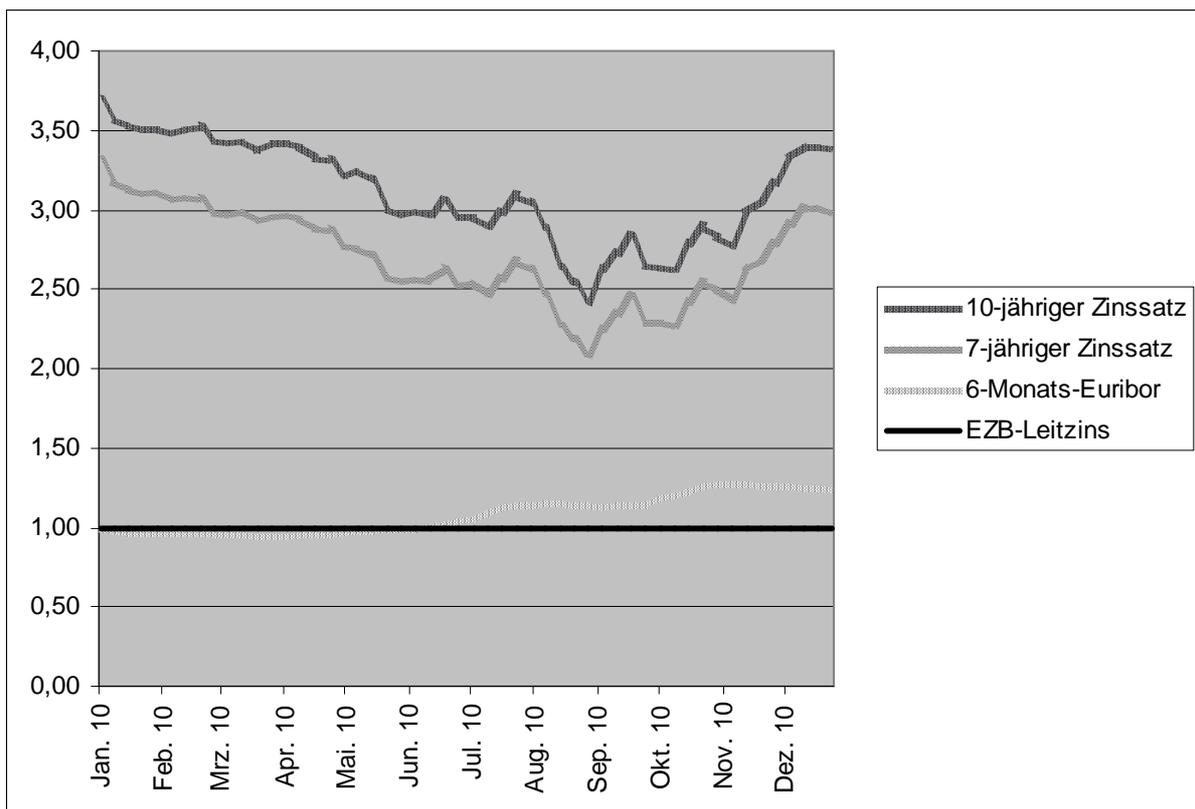


Abbildung 1: Zinsentwicklung am europäischen Geld- und Kapitalmarkt 2010

- Die Leitzinspolitik der EZB wurde über das gesamte Jahr 2010 im Kern nicht verändert, wie oben gut erkennbar. Modifikationen fanden im begrenzten Maße bei den außerordentlichen Maßnahmen zur Stärkung der Bankenliquidität statt, dadurch dass die Langfristendergeschäfte mittlerweile beschränkt wurden. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Europäische Zentralbank der Bekämpfung der Euro-Krise, die sie mit umfangreichen, jedoch nicht unumstrittenen Aufkäufen von Staatsschuldverschreibungen der Krisenländer anging. Das Volumen der von der EZB im Rahmen dieses Programms aufgekauften Anleihen von Peripherieländern beläuft sich insgesamt auf etwa 75 Mrd. €.

- Seit Mitte des Jahres stiegen die kurzfristigen Geldmarktzinsen wieder signifikant über den Wert von einem Prozent. Zuletzt erreichte der 6-Monatssatz 1,24%, nachdem er Ende März 2010 bis auf 0,94% gesunken war. Damit ist der übliche Abstand zwischen diesem Zinssatz und dem Leitzins, wie er bisher stets im Durchschnitt zu beobachten war (20 bis 25 BP), wiederhergestellt. Im Jahresdurchschnitt lag der 6-Monatssatz bei 1,08% und damit sogar noch unterhalb des extrem niedrigen Vorjahresdurchschnittes (2009: 1,44%).

Die **Struktur der Zinskurve**, welche die Grundlage für die Optimierung der Zinskosten bildet, veränderte sich entsprechend der Entwicklungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Ihren Höchstwert erreichte die Differenz zwischen dem langfristigen 10-Jahressatz und dem kurzfristigen 6-Monatssatz schon zu Jahresanfang mit 270 Basispunkten. Allerdings engte sich dieser Spread später wegen des Rückgangs der Kapitalmarktzinsen bis auf 128 Basispunkte ein (31.08.2010), bevor er sich schließlich zum Jahresende wieder auf 215 Basispunkte ausdehnte. Im Durchschnitt betrug die Differenz 203 Basispunkte (2009: 240 Basispunkte). Angesichts der Tatsache, dass der 10-Jahres Durchschnitt dieses Zinsspreads bei 128 Basispunkten liegt, sind die Werte der Jahre 2009 und 2010 als außergewöhnlich hoch einzustufen.

2.2 Eckdaten der Kreditfinanzierung, Zinsprognose und strategische Planung

Eckdaten

Ausgangsbasis für die Kreditfinanzierung und die Optimierung der Zinsausgaben im Jahresverlauf sind der Finanzierungsbedarf der sich aus dem Gesamthaushalt ergibt und die Kostenstruktur der bestehenden Kredite und Finanzderivate. Zu Beginn des Jahres 2010 stellte sich die Situation wie folgt dar:

- Insgesamt umfasste der planmäßige Finanzierungsbedarf 4,7 Mrd. €, wobei 1,6 Mrd. € auf die Neuverschuldung und 3,1 Mrd. € auf Anschlussfinanzierungen entfielen.
- Der Kreditbestand enthielt per 31.12.2009 84% festverzinsliche und zu 16% variabel verzinsliche Darlehen. Unter Berücksichtigung des Derivateinsatzes verringerte sich der variable Anteil auf 10,5% und der festverzinsliche erhöhte sich dementsprechend auf 89,5%.
- Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes betrug per 31.12.2009 5,6 Jahre. Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist, die neben der Laufzeit auch die Struktur der Verzinsung berücksichtigt, lag für die Gesamtverschuldung inklusive Finanzderivate bei 4,35 Jahren.

Zinsprognose

Für das Kredit- und Zinsmanagement der öffentlichen Hand ist die Erstellung von Szenarien zur Zinsentwicklung (Zinsprognosen) eine wesentliche Grundlage. Zu Beginn eines jeden Jahres wird vom Finanzministerium auf der Basis der erwarteten Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung eine Zinsprognose für den Finanzplanungszeitraum erstellt. Im Jahresverlauf wird die Zinsprognose überprüft und bei nachhaltigen Änderungen der wirtschaftlichen Entwicklung überarbeitet.

Die Erstellung und Umsetzung einer fundierten Zinsprognose wird durch folgende Maßnahmen gewährleistet: Es wird jährlich im Finanzministerium ein so genanntes Eckdatengespräch mit den volkswirtschaftlichen Vertretern verschiedener Institutionen (IfW, HSH Nordbank, Bundesbank) zur Konjunktur- und Zinsentwicklung durchgeführt. Daneben wird zur Evaluierung der Fundamentalprognose und zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken mit wissenschaftlicher Betreuung ein standardisiertes Risiko-Zinsszenario eingesetzt (siehe Abschnitt 4.3.1). Auch dieses Verfahren wird im Jahresverlauf regelmäßig überprüft. Folgende Aspekte kennzeichneten die Zinsprognose des Finanzministeriums in 2010:

- Die Zinsprognose des Eckdatengesprächs vom Dezember 2009 wurde zunächst im März 2010 aufgrund sinkender Kapital- und Geldmarktzinsen überarbeitet und besonders im kurzfristigen Bereich abgesenkt.
- Im Zuge der Absenkung der Geld- und Kapitalmarktzinsen bis Ende August wurde die Prognose im Hinblick auf die veränderte Sachlage der weiterhin unbedeutenden Inflationsentwicklung und der auf Sicherheit ausgerichteten Strategie der Kapitalmarktinvestoren aktualisiert. Sowohl kurz- als auch langfristige Zinsen wurden deshalb in der Zinsprognose herabgesetzt.

Strategische Eckpunkte

Auf Basis der Eckdaten des Schuldenbestandes und der Erwartungen zur Wirtschafts- und Zinsentwicklung erfolgt die strategische Planung der Finanzierung. Für das Jahr 2010 bestanden folgende planerischen Eckpunkte:

- Mit Blick auf die Investorennachfrage wurde auch für 2010 der Schwerpunkt im Bereich der Wertpapiere mit kurzer und mittlerer Laufzeit gesehen.
- Ausgehend vom relativ günstigen Zinsniveau und der Erwartung mittelfristig steigender Zinsen wurde eine möglichst lange Zinsbindung in Richtung des Referenz-Portfolios auf 7 Jahre angestrebt. Weiterhin sollte die bestehende, längerfristige Verzinsungsstruktur mit dem hohen Festzinsanteil von fast 90% im Kern beibehalten werden.
- Die Feinsteuerung der Zinsänderungsrisiken, insbesondere die Entzerrung der Klumpenrisiken aus den Wertpapieremissionen und die zielgerichtete Gestaltung der Zinskostenstruktur, sollten durch den ergänzenden Einsatz der Finanzderivate erfolgen.
- Als wesentlicher Schwerpunkt des Derivateinsatzes war die vorbeugende Sicherung der Zinsänderungsrisiken aus zukünftigen Anschlussfinanzierungen vorgesehen. Vor dem Hintergrund der ungewöhnlich niedrigen Kapitalmarktzinsen und der rapiden Zinsanstiegserwartungen sollten freundliche Marktphasen entsprechend genutzt werden.

3. Geschäftsabschlüsse 2010: Volumen und Struktur

3.1 Kredite

3.1.1 Ermächtigungen und Abschlüsse

Zur Deckung des Finanzbedarfs wurde der im Haushalt 2010 veranschlagte Kreditermächtigungsrahmen wie folgt in Anspruch genommen:

Abbildung 2: Ermächtigung und Abschlüsse Kredite 2010

Ermächtigung	Soll 2010 (in Mio. €)	Ist 2010 (in Mio. €)
Nettokreditaufnahme	603,8	603,8
Konjunkturrell bedingte Nettokreditaufnahme	979,0	767,5
Einnahmerest aus dem Vorjahr	141,9	0
Summe Neuverschuldung	1.724,7	1.371,3
Anschlusskredite für fällige Altschulden gem. §2(1) HG 2009/10	2.721,8	2.721,2
Anschlussfinanzierung aus der Schuldübernahme der GVB	368,0	368,0
Anschlusskredite für außerplanmäßig fällige Schulden gem. § 18 Abs.5 LHO (Umschuldungen) *	25,0	25,0

Finanzierungen im Rahmen der Marktpflege gem. § 18 Abs. 5 LHO *	100,1	100,1
Bruttokreditaufnahme (insgesamt)	4.939,6	4.585,6
Bruttokreditaufnahme (ohne Umschuldungen und Marktpflege)		4.460,5

*Ermächtigung in Höhe der tatsächlich Inanspruchnahme

Der im Haushalt 2010 vorgesehene Kreditermächtigungsrahmen (Soll 2010) ist um 354 Mio. € unterschritten worden. 0,6 Mio. € wurden als Mindereinnahme aufgrund einer geringeren Tilgung ausgewiesen, 211,5 Mio. € sind als Einnahmerest gebildet und in das Haushaltsjahr 2011 übertragen worden. Der Einnahmerest aus dem Haushaltsjahr 2009 i.H.v. 141,9 Mio. € wurde 2010 nicht beansprucht und in Abgang gestellt.

Im Hinblick auf die Abstimmung der Liquiditätsbeschaffung mit dem jeweiligen buchhalterischen Haushaltsabschluss sind

- von den im Haushaltsjahr 2010 eingegangenen Einnahmen aus Krediten im Rahmen des Jahresabschlusses 414,1 Mio. € zu Gunsten des Haushaltsjahres 2009,
- von den im Haushaltsjahr 2011 eingegangenen Einnahmen aus Krediten im Rahmen des Jahresabschlusses 319,6 Mio. € zu Gunsten des Haushaltsjahres 2010 umgebucht worden.

Für die nachfolgende Darstellung der Abschlussstruktur wird das im Kalenderjahr am Kreditmarkt finanzierte Volumen in Höhe von **4,6 Mrd. €** (d.h. ohne Berücksichtigung der Umbuchungen zum buchhalterischen Haushaltsausgleich und der Marktpflege) zugrunde gelegt.

3.1.2 Laufzeit- und Zinsbindungsstruktur

Vom Finanzierungsvolumen über insgesamt rd. 4,6 Mrd. € entfielen

- **rd. 3,2 Mrd. € oder 71%** (Vorjahr: 63%) **auf Festzinsdarlehen,**
- **rd. 1,4 Mrd. € oder 29%** (Vorjahr: 37%) **auf variabel verzinsliche Darlehen.**

Die mit den Nominalvolumina gewichtete **Durchschnittsrendite der Festzinsdarlehen** betrug **2,67%** und lag gemäß der allgemeinen Zinsentwicklung signifikant unterhalb des entsprechenden Wertes von 2009 (3,07%). Die **Durchschnittslaufzeit von 7,9 Jahren** lag deutlich über dem Vorjahresniveau (6,3 Jahre) und auch über dem langjährigen Durchschnitt (7,5 Jahre).

Auch in 2010 ist ein großer Teil der originären Zinsverpflichtungen nachträglich durch ergänzende Finanzderivate gezielt umstrukturiert worden. Tragfähige Aussagen zum Kosten- und Risikoprofil der Verschuldung sind deshalb im Zusammenhang zu treffen. Die entsprechende Laufzeit- und Zinsbindungsstruktur ist unter Ziffer 3.3 dargestellt.

3.1.3 Kreditarten und Gläubiger

Von den Gesamtab schlüssen im Kreditbereich entfielen

- **75,0% auf Wertpapieremissionen,**
- **25,0% auf Schuldscheindarlehen.**

Die Form der Finanzierung ist stark von der Nachfrage der unterschiedlichen Investorengruppen geprägt und deutlichen Schwankungen unterworfen. Bis Mitte des letzten Jahrzehnts waren Schuldscheindarlehen die dominante Finanzierungsform der Länder. Mit Hilfe der relativ kleinteiligen, direkt platzierten Darlehen konnten die angestrebten Zinsbindungs- bzw. Laufzeitstrukturen im Regelfall unmittelbar umgesetzt werden.

Seit der Finanzkrise Mitte 2007 hat sich der Trend zugunsten der großvolumigen Landeschatzanweisungen als Finanzierungsinstrument deutlich verstärkt, da die Anleger insbesondere in Staatsanleihen („safe haven“) investieren. Grundsätzlich gewinnen mit der Internationalisierung der Märkte die Kriterien der Liquidität und der Fungibilität stärker an Bedeutung. Schließlich dürfte auch die perspektivische Verschärfung der aufsichtsrechtlichen Regelungen zu einem höheren Anteil an Wertpapieremissionen beitragen. Aus Landessicht bedeuten die veränderten Rahmenbedingungen eine Intensivierung der Kapitalmarktaktivitäten. Hierzu zählen die Ausrichtung der Vertragsdokumentation auf internationale Standards, das Rating der Emissionen und die Investorenpflege. Eine Folge der Kapitalmarktpräsenz ist auch, dass finanzrelevante Nachrichten des Landes wesentlich stärker externen Bewertungen unterliegen.

Jahr	Wertpapieranteil
2004	37,1%
2005	26,7%
2006	32,5%
2007	57,9%
2008	78,6%
2009	72,5%
2010	75,0%

Die Wertpapieremissionen von rd. 3,51 Mrd. € teilen sich auf in:

- 15 EUR-Emissionen des Landes SH
(zzgl. einer Aufstockung und Verkäufen aus Eigenbestand) rd. 2.929 Mio. €
- eine Fremdwährungsemission (100 Mio. CHF) rd. 70 Mio. €
- 3 Gemeinschaftsemissionen mit weiteren Ländern
(BB, HB, HH, MV, RP, SL, SH) rd. 511 Mio. €

Die Begebung eigener Anleihen wurde in 2010 weiter verstärkt und bildet mittlerweile den zentralen Finanzierungsschwerpunkt. So wurden insgesamt 15 Schatzanweisungen des Landes Schleswig-Holstein am Kapitalmarkt platziert, darunter drei Papiere im Benchmark-Format (jeweils 500 Mio. €) und eine Fremdwährungsemission (100 Mio. CHF). Die Emissionen wurden nach der Markterkundung gezielt auf die Investorenbedürfnisse ausgerichtet und konnten mit entsprechender Marktakzeptanz zu günstigen Konditionen platziert werden. Platzierungsmöglichkeiten bestanden auch in 2010 nahezu ausschließlich im Bereich der kürzeren Laufzeiten bzw. variablen Verzinsung. Unter Verzicht auf kurzfristige Kostenvorteile wurde vom Land das Laufzeitspektrum ausgeschöpft.

Ein weiterer Teil der Wertpapiere wurde in Form der bewährten Gemeinschaftsemissionen („Länder-Jumbos“) begeben. Die bereits langjährige Strategie ist am Markt etabliert. Alle bisher durch die Agentur Fitch-Ratings bewerteten Länder-Jumbos erhielten jeweils die Bestnote „AAA“. Die durch die Ländergemeinschaft realisierten Zinskonditionen sind im Vergleich zu am Markt begebenen Wertpapieremissionen anderer Bundesländer regelmäßig sehr günstig.

3.1.4 Zeitliche Deckung des Kreditbedarfs

Die Entscheidung über die zeitliche Verteilung der Kreditaufnahme hängt von dem Liquiditätsbedarf in den einzelnen Monaten, der Einschätzung der Entwicklung der Kapitalmarktzinsen im Jahresverlauf und dem verfügbaren Ermächtigungsrahmen für Kassenkredite ab. Es wird angestrebt, die Darlehen möglichst in günstigen Kapitalmarktphasen aufzunehmen und

damit die Zinsausgaben zu optimieren. Eine Überbrückung der Liquiditätsspitzen erfolgt durch die kurzfristige Anlage bzw. Finanzierung am Geldmarkt. Im Rahmen der Planungen ist zu berücksichtigen, dass sowohl der tatsächliche Kreditbedarf als auch die Kapitalmarktzinsen von den prognostizierten Werten abweichen können und damit die Entscheidungen unter Unsicherheit zu treffen sind.

Zu Beginn des Jahres wird vom Finanzministerium auf Basis des aktuellen Haushaltssolls eine Liquiditätsplanung erstellt. Die planmäßige Verteilung auf die Monate erfolgt auf Basis der Ist-Daten der Einnahmen und Ausgaben der Vorjahre. Im Laufe des Vollzuges wird der Liquiditätsbedarf unter Hinzuziehung aktueller Informationen stetig überarbeitet und konkretisiert. Für eine gezielte Planung der Kreditfinanzierung ist regelmäßig ein Vorlauf von mehreren Monaten erforderlich.

Das Jahr 2010 war geprägt durch die Finanz- und die Staatsschuldenkrise. Die starke Unsicherheit hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit der europäischen PIG Staaten führte zu Nachfrageverschiebungen und starken Zinsschwankungen innerhalb des Jahres. Deshalb hatte die frühzeitige Eindeckung mit ausreichender Liquidität und die Orientierung an der Investorennachfrage für das Land Schleswig-Holstein allerhöchste Priorität bei der Kreditaufnahme. Darüber hinaus waren folgende Aspekte von Bedeutung:

- im Jahresverlauf schwankender Bedarf mit hohem Anteil im letzten Quartal,
- erhöhte Planungsunsicherheit aufgrund der ungewissen Entwicklung der Steuereinnahmen.

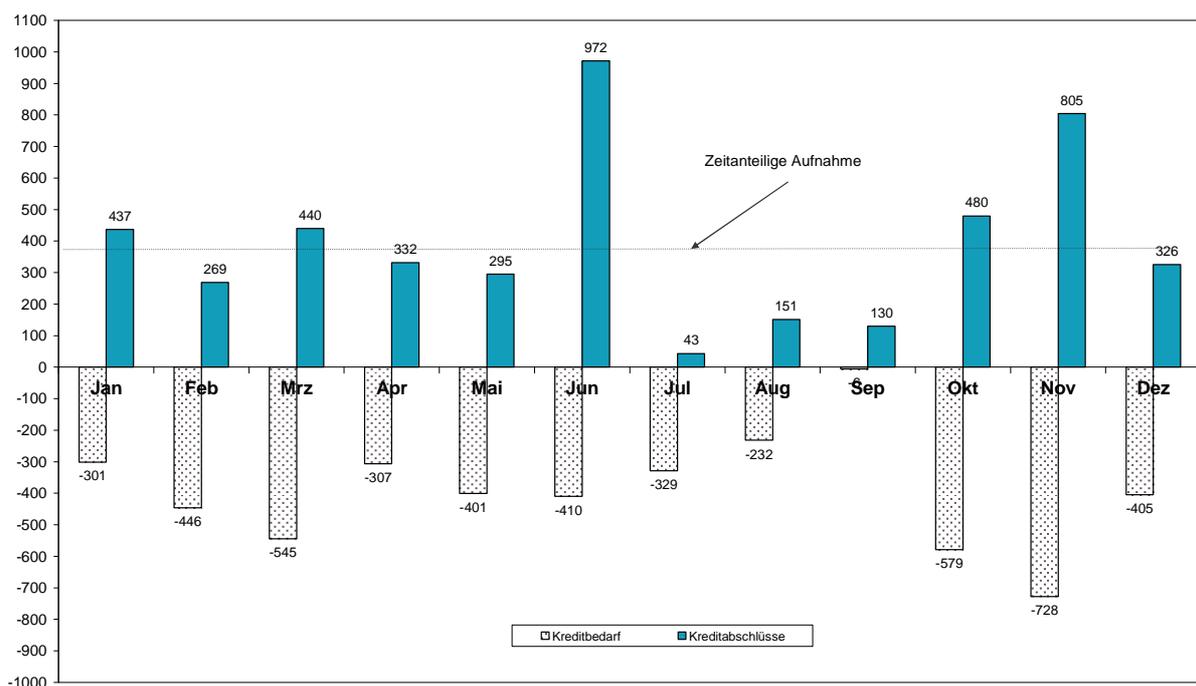


Abbildung 3: Kreditbedarf und Kreditabschlüsse in den Monaten des Jahres 2010

In der Grafik werden der Kreditbedarf entsprechend der ursprünglichen Liquiditätsplanung zu Beginn des Jahres und die getätigten Kreditabschlüsse einander gegenüber gestellt. Der tatsächliche Bedarf hängt im Wesentlichen von den schwer schätzbaren Steuereinnahmen ab. In 2010 lagen diese aufgrund der verbesserten konjunkturellen Lage in Deutschland deutlich über der Steuerschätzung.

In der Übersicht wird deutlich, dass die **Finanzierungen grundsätzlich am geplanten Bedarf orientiert** vorgenommen worden sind. Dabei wurde aufgrund der krisenbedingten Unsicherheiten **gezielt mit zeitlichem Vorlauf** gearbeitet. Zu beachten ist auch hier, dass das

Investoreninteresse hauptsächlich bei großvolumigen Landesschatzanweisungen lag. Überschüssige Mittel wurden jeweils am Geldmarkt kurzzeitig angelegt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass in 2010 die Liquidität auch im Zuge der Verwerfungen der Finanzkrise zu jeder Zeit gewährleistet war. Der Kassenkredit wurde aufgrund der geschilderten Zusammenhänge nur punktuell und in geringer Höhe in Anspruch genommen.

3.2 Finanzderivate

Das Land Schleswig-Holstein setzt im Rahmen der Kreditfinanzierung bereits seit 1992 Finanzderivate mit dem Ziel ein, die Kreditkonditionen zu optimieren und Zinsänderungsrisiken zu begrenzen. Mit Bezug auf die Erfolgsmessung hat der Einsatz der Instrumente von Beginn an zu einer Reduzierung der Zinskosten beigetragen.

Finanzderivate erweitern die Gestaltungsmöglichkeiten des Kredit- und Zinsmanagements dadurch, dass die vereinbarten Zinsverpflichtungen aus der laufenden Kreditaufnahme und den bestehenden Altschulden auch nachträglich wirtschaftlich geändert werden können. Darüber hinaus kann bereits im Voraus die Verzinsung zukünftiger Anschlussfinanzierungen gesichert werden. Insgesamt lässt sich durch den Einsatz von Finanzderivaten die Zinsbelastung aus den Kreditmarktschulden flexibel entsprechend der Marktentwicklung steuern und zielorientiert optimieren.

3.2.1 Ermächtigungen und Abschlüsse

Mit der Einführung der Outputorientierten Budgetierung und des Portfolioverfahrens zur Ergebnis-Risiko-Steuerung der Zinsausgaben (PERZ SH) im Jahr 2002 wurden die gesetzlichen Ermächtigungen zum Einsatz von Finanzderivaten überarbeitet.

Zum einen werden seitdem die Finanzderivate in die vom Parlament vorgegebene Obergrenze für das Zinsänderungsrisiko im jeweiligen Haushalt einbezogen. Durch den unmittelbaren Bezug auf die Schwankungsbreite der veranschlagten Zinsausgaben ist eine zielgenaue Steuerung der Zinsänderungsrisiken möglich (Abschnitt 4.3.1).

Zum anderen begrenzt die Ermächtigung in §18 (6) LHO den Gesamtbestand an Finanzderivaten. Dieser darf insgesamt den Gesamtschuldenstand am Ende des vorangegangenen Haushaltsjahres nicht übersteigen.

	(Mio. €)
Schuldenstand per Ende 2009 / Ermächtigung für 2010	<u>24.962,8</u>
Inanspruchnahme der Ermächtigung:	
Bestand per 31.12.09	17.828,2
darunter: Zinsswaps zur Währungssicherung i.H.v. 166,7	
Fälligkeiten in 2010	- 1.276,7
Neugeschäfte (inkl. Nominalwerterhöhungen bestehender amortisierender Strukturen i.H.v. 17,6)	+ 3.127,4
Bestand per 31.12.10	<u>19.678,8</u>
darunter: Zinsswaps zur Währungssicherung i.H.v. 236,5	

Abbildung 4: Ermächtigungsrahmen und Bestandsentwicklung Derivate in 2010

Die haushaltsgesetzliche Ermächtigung gem. §18 (6) LHO wurde im gesamten Jahr 2010 eingehalten. Die Inanspruchnahme der Ermächtigung betrug zum Jahresende 2010 rd. 79%.

3.2.2 Abschlussstruktur und Zielsetzungen

Im Jahr 2010 wurden Finanzderivate mit einem Volumen von insgesamt 3.110 Mio. € abgeschlossen. In der nachfolgenden Abbildung 5 sind die Abschlussvolumina, aufgeteilt nach Derivatarten und nach den beiden haushaltsgesetzlichen Zielsetzungen „**Begrenzung von Zinsänderungsrisiken**“ und „**Optimierung der Kreditkonditionen**“, dargestellt:

	2010		2009
	in Mio. €		
Abschlussvolumen insgesamt	3.110		3.259
davon			
• Zinsswaps (unbedingte Zinsverpflichtungen)	1.040 (34%)		2.826 (87%)
• Zinsswaps zur Währungssicherung	70 (2%)		33 (1%)
• Zinsoptionen (bedingte Zinsverpflichtungen)	2.000 (64%)		400 (12%)
Die abgeschlossenen Geschäfte teilen sich bezüglich der Zielsetzung auf in			
• Optimierung der Kreditkonditionen (Swaps in variabel, Verkauf von Zinsoptionen)	1.485 (48%)		1.199 (37%)
• Begrenzung von Zinsänderungsrisiken (Swaps in fest, Kauf von Zinsoptionen)	1.625 (52%)		2.060 (63%)

Abbildung 5: Aufteilung Abschlussvolumen Finanzderivate

In 2010 wurde wiederum ein relativ **hohes Gesamtvolumen von über 3 Mrd. €** umgesetzt. Im zinsgünstigen Marktumfeld stehen fast **85% des Abschlussvolumens** im Zusammenhang mit der vorzeitigen **Sicherung der Zinsausgaben aus zukünftigen Anschlussfinanzierungen**. Ursächlich für diesen hohen Anteil ist die Sicherungsstrategie, die im Hinblick auf das krisenbedingte Unsicherheitspotenzial modifiziert wurde. Im Unterschied zu den Vorjahren, in denen die Sicherung durch Festsatzswaps erfolgte, wurden in 2010 vor allem Festsatzoptionen, die Versicherungen ähneln, abgeschlossen. So wurden unter Nutzung der Marktschwankungen im Jahresverlauf sog. **Payer-Swapoptionen** über ein Volumen von insgesamt **1 Mrd. €** gegen Zahlung einer Prämie gekauft. Aus Landessicht ist damit das Potenzial steigender Zinsen nach oben begrenzt, gleichzeitig besteht aber die Möglichkeit, von niedrigen Zinsen zu profitieren. Die in 2010 abgeschlossenen Optionsgeschäfte haben eine Vorlaufzeit von 10-14 Monaten mit einem Strike (Zinsobergrenze) von 3,40 bis 2,65% für 5 Jahre. Um die relativ hohe Prämienbelastung zu reduzieren, wurden ergänzend **im gleichen Umfange** Verkäufe von **Receiver-Swapoptionen** getätigt. Hierdurch wird das Zinssenkungspotenzial für das Land zwar nach unten auf Sätze zwischen 2,50 bis 1,65% (Zinsuntergrenze) begrenzt, der gesamte Prämienaufwand konnte aber deutlich von 8,3 auf 3,3 Mio. € bei überschaubarem Risiko reduziert werden.

Swaps über **145 Mio. €** standen im unmittelbaren Zusammenhang mit strukturierten Kreditabschlüssen (sog. Arbitragegeschäfte). Der Derivatpartner übernimmt hier die Verzinsungsstruktur des Darlehens, das Land zahlt eine konventionelle variable Verzinsung mit verbesserten Konditionen. In diese Kategorie fällt auch der Zinsswap zur Währungssicherung auf Basis des Fremdwährungsdarlehens. Aufgrund des veränderten Investorenverhaltens ist der Umfang der für das Land vorteilhaften Arbitragegeschäfte im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesunken.

Receiver-Swaps, d.h. Swaps, bei denen das Land den Festsatz empfängt, wurden im Umfange von **340 Mio. €** abgeschlossen, 200 Mio. € dienten zur Unterlegung von in der Vergangenheit eingegangenen Sicherungsgeschäften, 140 Mio. € entfielen auf Gegengeschäfte zu bestehenden Swaps im Rahmen einer Umstrukturierung.

Insgesamt sind in 2010 somit durch die abgeschlossenen Optimierungsgeschäfte keine weiteren Risiken bezüglich steigender Zinsen eingegangen worden. Auch die übrigen Geschäfte, die nicht einzeln aufgezählt wurden, dienen der Begrenzung zukünftiger Zinsausgaben.

Die **Abschlussvolumina für die Derivatarten im Zeitraum 2000 – 2010** und die **Entwicklung des Gesamtbestandes** sind in den nachfolgenden Abbildungen dargestellt.

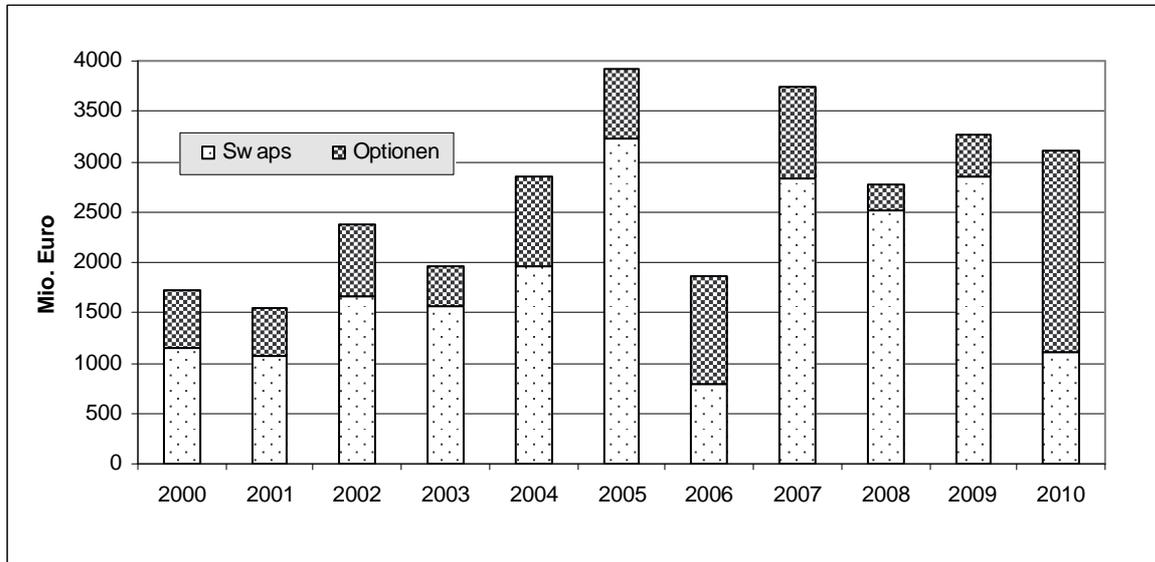


Abbildung 6: Entwicklung Abschlussvolumen Zinsderivate 2000-2010

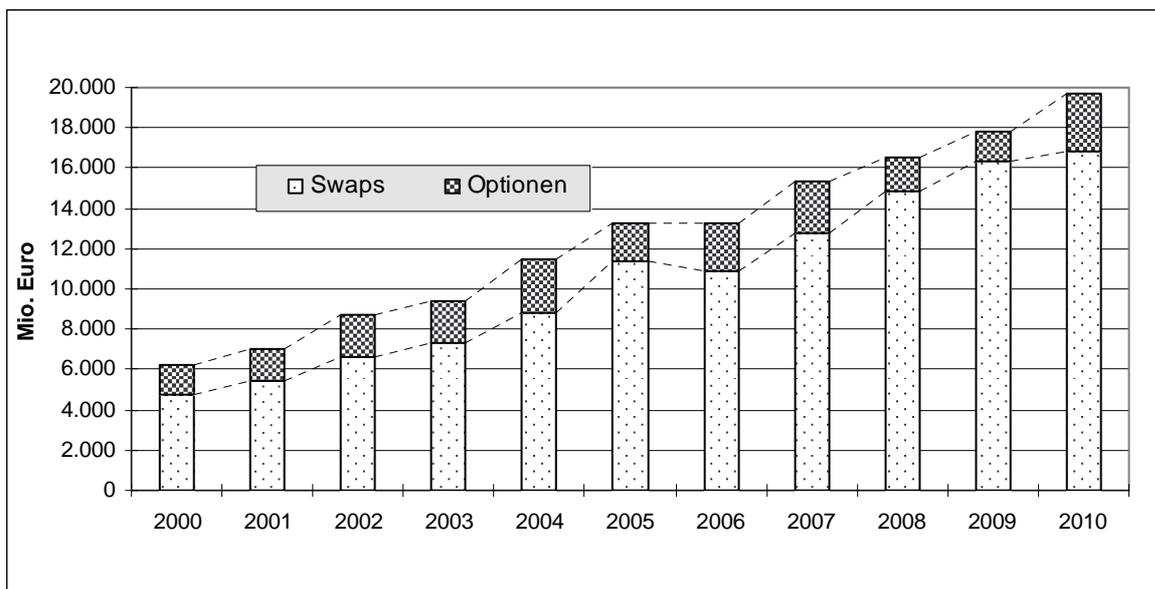


Abbildung 7: Vertragsbestand Zinsderivate per Stichtag 31.12.

3.2.3 Vorzeitige Auflösung von Finanzderivaten und Umstrukturierungen

Mit Bezug auf die Voten zu den Bemerkungen 2000 des LRH (Drucksache 15/436) stellt das Finanzministerium im Jahresbericht pflichtgemäß die Höhe der vorzeitig aufgelösten Derivatgeschäfte und die zeitliche Verteilung der Einnahmen auf die einzelnen Haushaltsjahre gesondert dar.

Bereits in der Vergangenheit wurden Niedrigzinsphasen zur Umstrukturierung der Derivatpositionen mit dem Ziel der Begrenzung zukünftiger Zinsausgaben genutzt. Im Kern werden

kurz laufende, höher verzinsliche Verpflichtungen gegen niedrig verzinsliche Verpflichtungen mit einer längeren Zinsbindung getauscht. Die Mehrbelastungen werden unmittelbar im laufenden Jahr kapitalisiert. Die Folgejahre werden – bei reduzierten Zinsänderungsrisiken – entsprechend entlastet.

So wurden 2010 Finanzderivate (Swaps) mit einem relativ hohen vom Land zu zahlenden Festsatz von durchschnittlich rd. 4,5% und einer Restlaufzeit bis 2013 über insgesamt **340 Mio. €** direkt oder indirekt durch Gegengeschäfte vorzeitig neutralisiert.

Swap-Nr.	Nominal in Mio. €	Festsatz	bisheriges Laufzeitende
474	50	4,755%	14.02.2013
475	50	4,665%	14.02.2013
477	50	4,2125%	14.02.2013
478	50	4,28%	13.06.2013
490	40	4,71%	08.05.2013
807	50	4,55%	28.08.2013
808	50	4,498%	28.08.2013
planmäßige Umstrukturierungen	340		

Abbildung 8: Umstrukturierungen im Derivatbereich in 2010

Ergänzend zu den Umstrukturierungen bzw. Auflösungen wurden **Sicherungsgeschäfte über ein Gesamtvolumen von 200 Mio. €** mit Laufzeiten von 2013 bis 2018 und Festsätzen um 3,58% abgeschlossen.

Insgesamt ergeben sich durch die dargestellten Transaktionen mit Blick auf die grundlegenden Zielsetzungen folgende Auswirkungen:

Das Jahr 2010 wurde im Zuge der vorzeitigen Ablösung der späteren Zinszahlungen **haushaltsmäßig** außerordentlich mit insgesamt **24,2 Mio. € belastet**. Diese Belastung schlägt sich auch im wirtschaftlichen Ergebnis im Vergleich zur Benchmark nieder. Zugleich werden die **Jahre bis 2013** entsprechend **entlastet**. Durch die Sicherungsgeschäfte wird das sehr niedrige Zinsniveau für die Folgejahre bis 2018 gesichert.

3.3 Zinsbindungs- und Kostenstruktur der Kredite und Finanzderivate

Eine Gesamtbeurteilung der Zinsbindungs- und damit der Kostenstruktur unter Ergebnis-Risiko-Gesichtspunkten ist nur im Zusammenhang von Krediten und Finanzderivaten sinnvoll und aussagekräftig.

Mit Bezug auf das **gesamte Finanzierungsvolumen des Jahres 2010 über rd. 4,6 Mrd. €** verändert sich die Zinsbindungs- bzw. Kostenstruktur durch den Einsatz der Finanzderivate wie folgt:

- deutlich höherer Anteil der festen Verzinsung von 84% (ohne Finanzderivate 71%),
- leichte Verkürzung der Festsatzbindung auf 7,5 Jahre (ohne Finanzderivate 7,9 Jahre) und
- etwas höhere Festsatzverzinsung von 2,79% (ohne Finanzderivate 2,67%).

Die Veränderungen stehen im Zusammenhang mit den Sicherungsmaßnahmen im Derivatbereich. Neben den Sicherungen im laufenden Jahr wurden Festsatzbindungen aus den Vorjahren über insgesamt 625 Mio. € mit einer Durchschnittsverzinsung von 3,21% und einer -laufzeit von rd. 4 Jahren wirksam.

Im Vergleich zum Vorjahr ist in 2010 der hohe, festverzinsliche Anteil an den Finanzierungen in etwa konstant geblieben, die Zinsbindung hat sich hingegen deutlich verlängert (2009:

83% bzw. 6 Jahre). Weiter stark gesunken ist die Festsatzverzinsung auf ein historisches Tief von im Durchschnitt 2,79% (2009: 3,33%).

Vor dem Hintergrund der Niedrigzinsphase und der Erwartung zukünftig steigender Zinsen wird deutlich, dass der Derivateinsatz – unter Verzicht auf kurzfristige Kostenvorteile – auch in 2010 gezielt zur Reduzierung der zukünftigen Finanzierungsrisiken erfolgt ist. Immerhin betrug die Differenz zwischen dem Zinssatz für variable und festverzinsliche Verpflichtungen im Jahresdurchschnitt über 170 Basispunkte.

Unter Bezugnahme auf die ursprünglich geplanten, strategischen Eckdaten 2010 (Abschnitt 2.2) sind folgende Aspekte des Kredit- und Zinsmanagements hervorzuheben:

- Die **Verzinsungsstruktur**, d.h. der sehr hohe Anteil der festen Verzinsung von fast 90%, konnte auch in dem schwierigen Marktumfeld mit Hilfe des Derivateinsatzes umgesetzt werden. Trotz des relativ hohen Anteils der Sicherungsderivate aus den Vorjahren wurde mit 2,79% eine Rendite leicht unterhalb des Jahresdurchschnitts erreicht.
- Die geplante **Zinsbindung** von 7 Jahren (Referenz-Portfolio 7,1 Jahre) wurde im Festsatzbereich sogar übertroffen. Das krisenbedingt eingeschränkte Laufzeitspektrum für die Finanzierungen wurde risikoreduzierend ausgeschöpft.
- Die Begrenzung der Finanzierungsrisiken aus zukünftigen Anschlussfinanzierungen war planmäßig mit einem Anteil von fast 85% am Gesamtvolumen ein wesentlicher Schwerpunkt des **Derivateinsatzes**.

4. Ergebnisse und Risiken

Im Rahmen des Portfoliokonzepts zur Ergebnis-Risiko-Steuerung der Zinsausgaben werden Ergebnisse in zweifacher Hinsicht definiert. Es wird unterschieden zwischen haushaltsmäßigen und wirtschaftlichen Ergebnissen. Die haushaltsmäßigen Ergebnisse werden auf Grundlage der im Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagten Zinsausgaben gesteuert. Die wirtschaftlichen Ergebnisse werden im Rahmen der Outputorientierten Budgetierung für den Aufgabenbereich mit Bezug auf zwei Kostenträger (Kredite und Finanzderivate, Schulden- und Derivatverwaltung) ermittelt und in den „Zusätzlichen Erläuterungen zum Kapitel 1116“ dargestellt. Die im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements zu berücksichtigenden Risiken sind in Anlehnung an die Richtlinien der Bankenaufsicht (Basel II) im letzten Abschnitt 4.3 beschrieben:

4.1 Haushaltsmäßiges Ergebnis

Die haushaltsmäßigen Zinsausgaben in 2010 betrugen 968,6 Mio. € und lagen damit um 87,7 Mio. € unter dem Haushalts-Soll von 1056,3 Mio. € nach Solländerung gem. Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012. Ursächlich für die signifikante Unterschreitung waren die günstige Zinsentwicklung bereits in 2009 und die gezielten Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements im Vollzug. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Zinsausgaben leicht um 18,2 Mio. € (2009: 950,4 Mio. €). Damit konnten die zusätzlichen Zinsausgaben von rd. 30 Mio. €, die sich aus der Neuverschuldung 2009 in Höhe von knapp 1 Mrd. € ergaben, weitgehend kompensiert werden.

4.2 Wirtschaftliches Ergebnis

Die wirtschaftlichen Ergebnisse werden im Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ für die beiden Kostenträger wie folgt ermittelt:

Im Bereich des **Kostenträgers I (Kredite und Finanzderivate)** werden dabei die im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben aus dem Gesamtbestand an Krediten und Finanzderivaten unter Ergebnis-Risiko-Abwägungen im Vergleich zu einem vorgegebenen Referenzportfolio gesteuert. Ziel ist dabei die Optimierung der Zinsausgaben über einen längerfristi-

gen Planungszeitraum unter Berücksichtigung künftiger Zinsänderungsrisiken. Zur Steuerung der Ergebnisse und Risiken wird das Portfolio-Verfahren PERZ-SH eingesetzt.

Im Bereich des **Kostenträgers II (Schulden- und Derivatverwaltung)** werden die Ergebnisse anhand von Fallzahlen für die wichtigsten Aufgabenbereiche ermittelt. Ziel ist hierbei eine kostengünstige Verwaltung des Schulden- und Derivatbestandes, eine termingerechte Abwicklung des Schuldendienstes und eine Begrenzung von Betriebs- und Abwicklungsrisiken.

4.2.1 Wirtschaftliche Ergebnisse im Bereich Kredite und Finanzderivate (Kostenträger I „Kredite und Finanzderivate“)

Die zielorientierte Steuerung Zinsausgaben bezieht sich auf die gesamten, am Kapitalmarkt finanzierten Kredite und Finanzderivate (Ist- und Plan-Portfolio, Maßnahmegruppe 01 im Kap. 1116). Die positiven Ergebnisse bringen den Erfolgsbeitrag des an der Marktentwicklung orientierten Kredit- und Zinsmanagements des Landes zum Ausdruck. Bei einem passiven Kredit- und Zinsmanagement entsprechend dem Referenz-Portfolio (konstante Laufzeitstruktur, kein Derivateinsatz) wären Zinsmehrausgaben in der genannten Höhe angefallen.

	Soll 2010	Ist 2010
Zinsausgaben Referenz-Portfolio in Mio. €	1118,63	1004,94
Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio in Mio. € (Kapitel 1116, Maßnahmegruppe 01)	1065,03	957,28
Wirtschaftliches Ergebnis 2010	53,60	47,66

Abbildung 9: Wirtschaftliches Ergebnis 2010

In 2010 wurde ein positives wirtschaftliches Ergebnis in Höhe von 47,66 Mio. € erzielt. Das Ergebnis liegt etwas unterhalb der ursprünglichen Planzahl (53,6 Mio. €) und auch dem Vorjahresergebnis (51,89 Mio. €). Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die außerordentlichen Belastungen aus den Umstrukturierungen der Sicherungsgeschäfte im Derivatbereich in Höhe von rd. 24 Mio. € (Ziff. 3.2.3). Insgesamt spiegelt die Ergebnisentwicklung die Managementstrategie der Implementierung einer mittel- bis langfristig kostengünstigen Zinsstruktur unter Berücksichtigung des begrenzten Risikopotenzials wider.

4.2.2 Wirtschaftliche Ergebnisse im Bereich Schulden- und Derivatverwaltung (Kostenträger II „Abwicklung Schulden und Finanzderivate“)

Die Ergebnisse für den Bereich der Schulden- und Derivatverwaltung werden mengenmäßig anhand von Fallzahlen für wichtige Leistungen quantifiziert:

in Fallzahlen	2009	2010
Anzahl der Konten per 31.12.	1.214	1.317
Anzahl der zahlungsrelevanten Vorgänge	2.480	3.178
Anzahl der Auswertungen/Berichte	480	480

Abbildung 10: Fallzahlen der Schulden- und Derivatverwaltung

Die mengenmäßigen Leistungen werden im Bereich der Kontenführung - als wesentlichen Leistungsindikator für die Schulden- und Derivatverwaltung - durch Aussagen zum Schwierigkeitsgrad der Aufgaben wie folgt ergänzt:

- Die Grundlage für die Leistungsermittlung bildet die **Bewegungsgrößen im Kernbereich der Kontoführung**. Dabei werden Abschlüsse, Abtretungen und Abgänge berücksichtigt. Die Bestandsgrößen für die Kontenanzahl per 31.12.2009 werden ergänzend nachrichtlich ausgewiesen.
- Die Abwicklung erfordert in Abhängigkeit von der Geschäftsart verschiedenartige, qualitative Leistungen. Zur Darstellung der Leistung wird eine **Gewichtung** verwendet. Maßstab ist der Abschluss bzw. die Abtretung eines festverzinslichen Schuldscheindarlehen mit einem Gewicht von 1. Aufgrund der Komplexität der Verzinsung beträgt das Gewicht für nicht-festverzinsliche Schuldscheindarlehen, für Wertpapieremissionen und für Zinsswaps 1,5, für Zinsoptionen 2. Abgänge werden einheitlich mit einem Gewicht von 0,2 berücksichtigt.

	Gew.	2009			2010		
		Anz.	Leist.	Konten	Anz.	Leist.	Konten
Abschlüsse/Abtretungen							
Schuldscheindarlehen (SSD) fest	1,0	226	226	727	199	199	772
SSD nicht-fest/Wertpapiere	1,5	32	48	109	27	41	140
Zinsswaps	1,5	50	75	351	41	62	385
Zinsoptionen	2,0	8	10	10	18	36	20
Σ Abschlüsse (inkl. Abtretungen)		318	369		285	338	
Σ Abgänge (Kredite/Derivate)	0,2	96	19		114	23	
Σ Gesamt		414	388	1214	399	361	1317

Abbildung 11: Leistung und Anzahl der Abschlüsse/Abtretungen gewichtet nach Schwierigkeitsgrad.

In den Gegenüberstellungen der Leistungskennzahlen der beiden Jahre kommt zum Ausdruck, dass in 2010

- der Leistungsumfang entsprechend der Fallzahlenentwicklung insgesamt gestiegen ist. Insbesondere der Kontenbestand und die zahlungsrelevanten Vorgänge haben mit Zuwachsraten von ca. 50% bzw. 30% stark zugenommen.
- im Bereich der Kreditfinanzierung der Trend in Richtung großvolumiger Wertpapieremissionen sich auch krisenbedingt fortgesetzt hat. Der Anteil und die Anzahl der Schuldscheindarlehen sind dementsprechend gesunken. Der Rückgang wird teilweise kompensiert durch die ungewöhnlich hohe Zahl der Abtretungen.
- im Bereich der Finanzderivate aufgrund der geänderten Sicherungsstrategie eine deutliche Verlagerung von den Zinsswaps zu den Zinsoptionen stattgefunden hat.

Insgesamt sind die fachlichen Anforderungen auch im Bereich der Schulden- und Derivatverwaltung aufgrund der Komplexität der Geschäfte entsprechend der Marktentwicklung weiter gestiegen. Die Leistungen sind auch in 2010 sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht auf einem anhaltend hohen Niveau erbracht worden.

4.3 Entwicklung der Risiken

Das Finanzministerium orientiert sich bei der Steuerung der Risiken des Kredit- und Zinsmanagements grundsätzlich an den Regelungen der Bankenaufsicht (Basel II). Danach werden die drei wesentlichen Risikokategorien unterschieden:

- Zinsänderungsrisiken,
- Kreditrisiken aus Finanzderivaten,
- Operationelle Risiken.

Unter Berücksichtigung der besonderen Zielsetzung der öffentlichen Hand werden im Finanzministerium Verfahren zur Steuerung und Begrenzung der Risikokategorien eingesetzt.

4.3.1 Zinsänderungsrisiken, Limite

Die Zinsänderungsrisiken sind die zentrale Risikokategorie des Kredit- und Zinsmanagements. Dementsprechend legt das Finanzministerium besonderen Wert auf die gezielte Steuerung und den Einsatz der entsprechenden Verfahren.

Zinsänderungsrisiken bestehen, weil die künftige Entwicklung der Kreditmarktzinsen nur prognostiziert werden kann. Aus der Sicht des Landes Schleswig-Holstein werden **Zinsänderungsrisiken** verstanden als **potenzielle Mehrausgaben, die aus einem unerwarteten Anstieg der Kreditmarktzinsen resultieren**. Bezugsbasis bilden die im Haushalt und der Finanzplanung veranschlagten Zinsausgaben. Zinsänderungsrisiken bestehen demnach aus Landessicht konkret aufgrund der Höhe nach unsicheren Zinszahlungen aus den bestehenden Krediten und Finanzderivaten (Ist-Portfolio) und den gesamten Zinszahlungen der geplanten Geschäfte (Plan-Portfolio).

Im Rahmen der Outputorientierten Budgetierung und des Portfolioverfahrens PERZ-SH werden die Zinsänderungsrisiken auf Grundlage einer haushaltsgesetzlich fixierten Obergrenze für die Schwankungsbreite der veranschlagten Zinsausgaben begrenzt (sogenanntes haushaltsgesetzliches Limit). In Ergänzung zu den weiteren Ermächtigungen, die sich auf die Nominalvolumina der Kredite und Finanzderivate beziehen, ermöglicht dieses Limit aufgrund der unmittelbaren Ausrichtung auf die Zinsausgaben eine exakte Erfassung und Begrenzung des tatsächlichen Risikopotenzials.

Die laufende Steuerung der Zinsänderungsrisiken im Rahmen des Portfolioverfahrens erfolgt durch den Einsatz des so genannten Risikozinsszenarios. Dieses Szenario wird mit Hilfe eines standardisierten Prognoseverfahrens auf Basis der Zinssätze seit 1987 ermittelt. Das Verfahren wurde vom Finanzministerium in Zusammenarbeit mit dem Institut für Statistik und Ökonometrie der Universität Kiel entwickelt. Die dauerhafte Überwachung und wissenschaftliche Evaluation des Verfahrens wird durch eine Pflegevereinbarung gewährleistet. Auf der Grundlage des Risikozinsszenarios wird eine Zinsobergrenze für die Zinsänderungsrisiken für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung ermittelt, die mit einer festgelegten, hohen Wahrscheinlichkeit von 90% nicht überschritten wird. Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland, das die Zinsänderungsrisiken in der Form erfasst und verfahrensseitig steuert.

Grundsätzlich steigen die Zinsänderungsrisiken mit dem Planungshorizont aufgrund des wachsenden Anteils der ausstehenden Anschlussfinanzierungen (Plan-Portfolio) und den sich daraus ergebenden unsicheren Zahlungen. Im Vollzug des Haushaltsjahres verringern sich konsequenterweise die Zinsänderungsrisiken, weil fortlaufend unsichere Planzahlen durch tatsächliche Abschlüsse und Zinsfeststellungen konkretisiert werden.

Im Doppelhaushalt 2009/2010 waren zunächst Limitgrößen in Höhe von 40 Mio. € für 2009 und 80 Mio. € für 2010 verankert. Im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts im Juli 2009 wurden die Limitgrößen reduziert:

	2009	2010
Gesetzlich festgesetztes Limit für das haushaltsmäßige Zinsänderungsrisiko (§ 2 Abs. 4 HG) in Mio. €	40 bzw. 10	80 bzw. 60

Abbildung 12: Limit für das haushaltsmäßige Zinsänderungsrisiko

Das vom Parlament im Haushalt **2010 vorgegebene Limit für die Schwankungsbreite der im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben** (§ 2 (4) HG 2009/2010) wurde **im gesamten Haushaltsvollzug eingehalten**.

4.3.2 Kreditrisiken aus Finanzderivaten

Durch den Einsatz von Finanzderivaten nimmt das Land angesichts der ausstehenden Forderungen, z.B. bei den Zinsswaps, auch eine Gläubigerposition ein und trägt damit ein entsprechendes Kreditrisiko. Das **Kreditrisiko** bezieht sich sowohl auf den möglichen **Ausfall des Geschäftspartners** als auch auf die **Wertverringerung** der bestehenden Geschäfte aufgrund einer Verschlechterung des Ratings.

Das Land beschränkt sich grundsätzlich auf **Vertragspartner erster Bonität**, d.h. es muss von den führenden Ratingagenturen eine Bewertung in der Kategorie **Investmentgrade** (mindestens der Note A) vorliegen.

Im Rahmen der Steuerung der Kreditrisiken werden zu Beginn eines jeden Jahres auf der Basis der Rating-Bewertungen in Anlehnung an die **bankenaufsichtsrechtliche Laufzeitmethode** für die nominalen Vertragsvolumina sogenannte **Kreditäquivalente** ermittelt. Diese Kreditäquivalente dienen der Festlegung kontrahentenbezogener Abschlusslimite und der Überwachung des Kreditrisikos im Vollzug. Ergänzend zu den bonitätsbezogenen Limiten besteht aus Gründen der Risikostreuung eine weitere Begrenzung in der Form, dass auf **einen Geschäftspartner nur bis zu 20% des gesamten Kreditäquivalents** entfallen darf. Schließlich wird für die untere Ratingkategorie A jährlich ein eigenes Limit festgelegt. Für 2010 betrug diese Obergrenze 30%. Die Landesbanken wurden hierbei aufgrund der umfangreichen Staatsbeteiligungen ausgenommen und einer gesonderten Betrachtung unterzogen.

Für den gesamten **Bestand an Finanzderivaten von 19,7 Mrd. € per 31.12.2010 (inkl. Zins- und Währungswaps) ergab sich ein Kreditäquivalent von gut 472 Mio. €**, das entspricht einem Anteil von 2,4% (Vorjahr: 3,9%). Auf die fünf größten Geschäftspartner entfiel per 31.12.10 insgesamt ein Anteil von über 32,4%, wobei hier die Spanne zwischen 11,8% und 6,1% lag (2009: Anteil 44,8% bzw. Spanne 12,4% und 5,6%). Die Kreditrisiken des Landes sind damit weiterhin relativ breit gestreut. Die Konzentration im Bereich der großen Partner hat sich reduziert. Insgesamt ist das Kreditrisikopotenzial des Landes auch unter Einbeziehung der Auswirkungen der Finanzkrise im Vergleich zum Vorjahr nicht gestiegen.

4.3.3 Operationelle Risiken

In Anlehnung an die Bankenaufsicht (Basel II) bestehen als weitere wesentliche Risikokategorie operationelle Risiken als **Gefahr von Verlusten in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder in Folge von externen Ereignissen**.

Zur Begrenzung der operationellen Risiken im Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ sind die Funktionstrennung der Teilbereiche „Kredit- und Zinsmanagement“ und „Schulden- und Derivatverwaltung“ durch eine entsprechende Abgrenzung der Aufgaben im Geschäftsverteilungsplan und das Vier-Augen-Prinzip durchgehend umgesetzt. Ferner wird zur Erfassung konkreter Geschäftsvorfälle und zur Steuerung der operationellen Risiken eine sog. Ereignisdatenbank eingesetzt.

Im Finanzministerium wurde entsprechend der Vorgabe des Finanzausschusses (Drucksache 15/2985 i.V.m. Umdruck 15/4855) mit den „Richtlinien für die Ergebnis-Risiko-Steuerung des Aufgabenbereichs Kredite, Finanzderivate, Schulden“ bereits in 2005 ein umfassendes Regelwerk für das Kredit- und Zinsmanagement erarbeitet und mit dem Landesrechnungshof abgestimmt. Die Richtlinien beinhalten die beim Land eingesetzten Verfahren zur Steuerung der Ergebnisse und der wesentlichen Risikokategorien. Sie werden fortlaufend aktualisiert.

5. Entwicklung und Struktur der Gesamtverschuldung

Im folgenden Abschnitt sind die wesentlichen Eckdaten zur Gesamtverschuldung des Landes dargestellt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass sich der Jahresbericht grundsätzlich auf die im Landeshaushalt im Kapitel 1116 veranschlagten Schulden und die entsprechenden Aktivitäten des Kredit- und Zinsmanagements sowie der Schulden- und Derivatverwaltung bezieht. Die Schulden der ehemals ausgelagerten und inzwischen größtenteils in den Landeshaushalt übernommenen Bereiche, insbesondere der Liegenschaftsverwaltung LVSH, der Vermögensbeteiligung GVB und der Krankenhausfinanzierung werden -ebenso wie die Bürgschaftsverpflichtungen- im Rahmen der Vorlage des Jahresberichts in den Anlagen 2 und 3 ausgewiesen.

5.1 Fundierte Schulden und Kreditmarktschulden

In der nach der Schuldenstatistik des Statistischen Bundesamtes für die Staatlichen Haushalte üblichen Abgrenzung (Stichtag 31.12.) hat sich der Schuldenstand der Fundierten Schulden von 24,54 Mrd. € um 1,44 Mrd. € auf nunmehr 25,99 Mrd. € erhöht. Dies entspricht einer Steigerung um 5,9% (Vorjahr 7,9%). Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings die Schuldübernahmen der GVB in Höhe von 862 Mio. € in 2009. Die Schulden bei den öffentlichen Haushalten machen mit 348 Mio. € nur einen geringen Anteil aus

SCHULDENSTRUKTUR 01.01.2010 bis 31.12.2010				
Schuldenarten	Stand am 31.12.2009 in vollen Euro	Aufnahmen + Zugänge 01.01. bis 31.12.2010 in vollen Euro	Tilgungen + Abgänge 01.01. bis 31.12.2010 in vollen Euro	Stand am 31.12.2010 in vollen Euro
1. Wertpapierschulden				
Landesschatzanweisungen Euro	9.843.871.261	3.514.939.568	1.662.408.376	11.696.402.453
Landesschatzanweisungen Fremdwährung	166.726.341	69.738.671		236.510.012
Summe 1. Wertpapierschulden	10.010.597.602	3.584.723.239	1.662.408.376	11.932.912.465
2. Schuldscheindarlehen				
Kreditinstituten	7.096.381.994	764.000.000	1.547.564.594	6.302.817.400
Sonstiger inländischen Bereich	6.891.828.266	810.000.000	508.000.000	7.203.828.266
Sonstiger ausländischer Bereich	65.000.000	15.000.000	0	80.000.000
Sonstiger öffentlicher Bereich	120.227.021	10.000.000	0	130.227.021
Summe 2.Schuldscheindarlehen	14.173.437.281	1.599.000.000	2.055.564.594	13.716.872.687
Summe 1+2 Kreditmarktschulden	24.184.034.883	5.183.723.239	3.717.972.970	25.649.785.152
3. Schulden bei öffentlichen Haushalten				
Bund (Wohnungsbau/Sonstige)	364.686.447	0	16.650.204	348.036.244
Summe3. Schulden beim Bund	364.686.447	0	16.650.204	348.036.244
Summe 1+2+3 Schulden Gesamt (Fundierte Schulden)	24.548.721.331	5.183.723.239	3.734.623.174	25.997.821.396

Abbildung 13: Veränderung der Schuldenstruktur 2010

Der Anstieg der fundierten Schulden im Berichtsjahr 2010 hat zu einer Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung um 507,99 € von 8.674,10 auf 9.182,08 € geführt

	Stand am 31.12.2007 in vollen Euro	Stand am 31.12.2008 in vollen Euro	Stand am 31.12.2009 in vollen Euro	Stand am 31.12.2010 in vollen Euro
Entwicklung Fundierte Schulden	22.421.703.433	22.752.408.065	24.548.721.331	25.997.821.396
Einwohnerzahl SH (30.06. VJ)	2.834.641	2.835.264	2.830.118	2.831.364
Pro-Kopf-Verschuldung	7.909,89	8.024,65	8.674,10	9.182,08

Abbildung 14: Entwicklung der fundierten Schuld



Abbildung 15: Struktur der Gesamtverschuldung nach Kreditarten

Gegenstand des Kredit- und Zinsmanagements sind die am Kreditmarkt finanzierten Schulden (sog. Kreditmarktschulden). Im Unterschied zu den Fundierten Schulden sind Schulden bei öffentlichen Haushalten nicht einbezogen.

Die traditionelle Finanzierungsform im Bereich der Bundesländer sind Schuldscheindarlehen. Sie machten in Schleswig-Holstein lange Jahre etwa drei Viertel aller Finanzierungen aus. Im Kern handelt es sich um bilaterale Kreditverträge. Die Bedeutung der Schuldscheindarlehen ist in den letzten Jahren im Zuge der Internationalisierung der Kapitalmärkte stark zurückgegangen.

Die zweite wesentliche Finanzierungsform sind Wertpapieremissionen. Im Laufe der letzten Jahre hat sich der Anteil der Wertpapierschulden am Vertragsbestand der Kreditmarktschulden kontinuierlich erhöht. Am Ende des Berichtsjahres beträgt der entsprechende Anteil 46,52% (Vorjahr 41,39%). Damit stellen die Wertpapierschulden nunmehr fast die Hälfte des Schuldenstandes dar.

	2007 in vollen Euro	2008 in vollen Euro	2009 in vollen Euro	2010 in vollen Euro
Summe Kreditmarktschulden	22.029.469.240	22.372.293.064	24.184.034.883	25.649.785.152
davon				
Wertpapiersschulden	7.930.821.642	8.560.606.724	10.010.597.602	11.932.912.465
Anteil an den Kreditmarktschulden in %	36,00%	38,26%	41,39%	46,52%
Schuldscheindarlehen	14.098.647.598	13.811.686.339	14.173.437.281	13.716.872.687
Anteil an den Kreditmarktschulden in %	64,00%	61,74%	58,61%	53,48%

Abbildung 16: Entwicklung Kreditmarktschulden 2007-2010

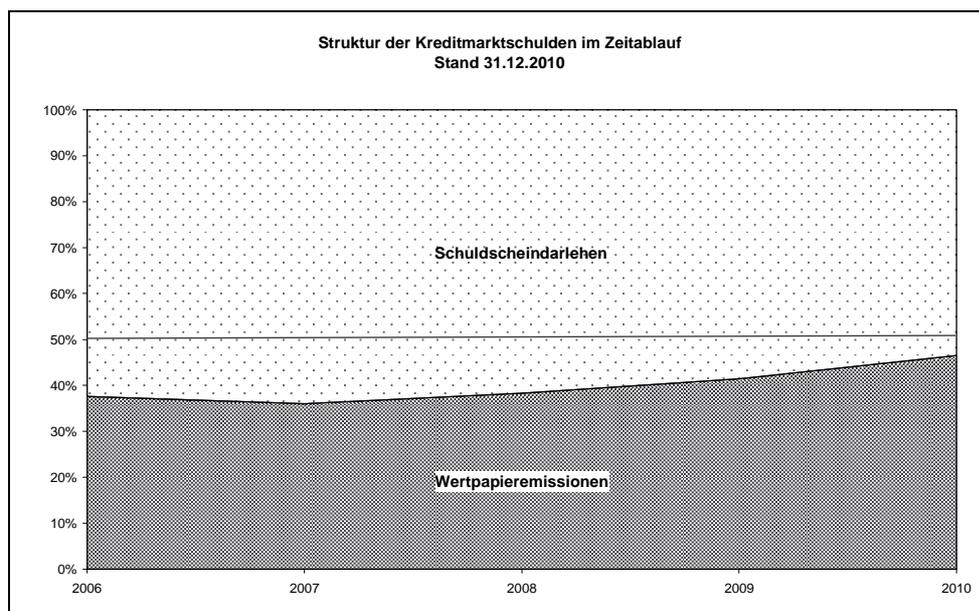


Abbildung 17: Struktur der Kreditmarktschulden 2006-2010

5.2 Struktur der Wertpapiersschulden

Die Wertpapiersschulden lassen sich entsprechend ihrer Anteile an den Kreditmarktschulden in vier Kategorien einordnen: Der Anteil der Euro-Landesschatzanweisungen mit einem Festsatz liegt am Ende des Berichtsjahres mit 34,9% nahezu konstant zu den Vorjahren (2009 32,3%). Dagegen hat sich der Anteil der variabel verzinslichen Euro Landesschatzanweisungen leicht auf nunmehr 29,9% (2009 27,3%) erhöht. Die Fremdwährungsemissionen haben mit einem Anteil von 1,9% (2009 1,7%) nur eine geringe Bedeutung für die Emissionstätigkeit des Landes. Das Marktsegment der Gemeinsamen Länderschatzanweisungen, die mittlerweile seit fast 15 Jahren unter Beteiligung von im Kern sieben Bundesländern regelmäßig erfolgreich begeben werden, ist betragsmäßig weitgehend konstant geblieben. Der prozentuale Anteil ist mit 33% am Gesamtbestand aufgrund der steigenden Bedeutung der eigenen Landesschatzanweisungen auch in 2010 etwas gesunken (2009 39%).

	2007 in vollen Euro	2008 in vollen Euro	2009 in vollen Euro	2010 in vollen Euro
Entwicklung Wertpapiersschulden	7.930.821.642	8.560.606.724	10.010.597.602	11.932.912.465
Euro- LSA SH- Festsatz	2.934.396.599	2.925.922.542	3.237.446.218	4.165.630.787
Euro- LSA SH – variabler Zinssatz	760.000.000	1.405.000.000	2.730.000.000	3.570.000.000
Fremdwährung LSA SH - Festsatz	0	133.259.139	166.726.341	236.510.012
Euro-Gemeinschaftsemissionen- Festsatz	4.236.425.042	4.096.425.042	3.876.425.043	3.961.041.666
Nachrichtlich				
Stückzahlen	43 Stück	44 Stück	53 Stück	62 Stück

Abbildung 18: Entwicklung Wertpapiersschulden 2007-2010

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf den Eigenbestand an Wertpapieren, den das Land zu Zwecken der Marktpflege hält. Das Verfahren zur Unterstützung des regelmäßigen Kapitalmarktauftritts des Landes hat sich langjährig bewährt und wird durch die Bundesbank durchgeführt. Ergänzend werden die Eigenbestände auch zur Anlage der Mittel der Versorgungsrücklagen Schleswig-Holsteins und anderer Länder genutzt. Zum Ende des Berichtsjahres 2010 wurde bei 8 der 62 noch laufenden Wertpapieremissionen ein Eigenbestand in Höhe von insgesamt rd. 114 Mio. € ausgewiesen.

Entwicklung	2007 in vollen Euro	2008 in vollen Euro	2009 in vollen Euro	2010 in vollen Euro
Wertpapier-Eigenbestand	349.833.262	56.048.943	57.178.767	114.264.199

Abbildung 19: Entwicklung Wertpapiereigenbestand 2007-2010

5.3 Gläubigerstruktur der Schuldscheindarlehen

Bei den Schuldscheindarlehen handelt es sich um bilaterale Kreditverträge. Die Schuldurkunde wird auf einen Gläubiger ausgestellt. Die Übertragung erfolgt durch Abtretung. Im Gegensatz zu den Wertpapiersschulden ist bei den Schuldscheindarlehen deshalb unmittelbar nachvollziehbar, wer Gläubiger des Landes ist.

Der Bestand an Schuldscheindarlehen am 31.12.2010 in Höhe von 13,7 Mrd. € verteilt sich auf 280 Einzelgläubiger. Der Anteil der 20 größten Gläubiger an diesem Bestand liegt zusammen bei 48,3 %. Dies entspricht einem Anteil von rd. 25 % an den gesamten Kreditmarktschulden.

Neben dem anteiligen Rückgang der Schuldscheindarlehen hat sich auch die Gläubigerstruktur in den letzten Jahren gewandelt. Insbesondere seit 2007 werden Schuldscheindarlehen mit längeren Laufzeiten verstärkt von Versicherungsgesellschaften nachgefragt. Ende 2010 lag der Gläubigeranteil der Versicherungen erstmalig über dem der Kreditinstitute.

	2007 in vollen Euro	2008 in vollen Euro	2009 in vollen Euro	2010 in vollen Euro
Kredite Kreditinstituten	8.473.367.657	7.380.745.152	7.096.381.994	6.302.817.400
Hypothekenbanken	4.094.927.013	3.594.466.236	2.832.441.833	2.193.215.995
Landesbanken	1.872.440.161	1.390.939.677	1.463.375.084	1.420.375.084
Banken mit Sonderaufgaben	426.693.782	427.258.376	745.822.970	828.822.970
Sparkassen	447.500.000	377.500.000	552.500.000	617.500.000
Private Geschäftsbanken	816.806.701	811.580.863	738.242.107	525.903.351
Auslandsbanken	540.000.000	470.000.000	435.000.000	440.000.000
Genossenschaftsbanken	275.000.000	309.000.000	289.000.000	227.000.000
Bausparkassen			40.000.000	50.000.000
Kredite inländischen Bereich	5.536.279.940	6.276.941.184	6.891.828.266	7.203.828.266
Versicherungsgesellschaften	4.627.257.357	5.192.918.601	5.704.805.682	6.114.805.682
Pensionskassen	456.000.000	566.000.000	622.000.000	592.000.000
Versorgungswerke	449.000.000	474.000.000	489.000.000	469.000.000
Zusatzversorgungseinrichtungen	1.022.583	1.022.583	3.022.584	12.022.584
Kapitalanlagegesellschaften		10.000.000	35.000.000	10.000.000
Sonstiger inländischer Bereich				5.000.000
Sonstige finanzielle Unternehmen	3.000.000	33.000.000	38.000.000	1.000.000
Kredite öffentlicher Bereich	84.000.000	99.000.000	120.227.021	130.227.021
Zusatzversorgungseinr.(öffentlich)	84.000.000	99.000.000	99.000.000	109.000.000
Gemeinden/GV			20.000.000	20.000.000
Verbundene Unternehmen			1.227.021	1.227.021
Kredite ausländischer Bereich	5.000.000	55.000.000	65.000.000	80.000.000
Ausländische Nichtbanken	5.000.000	55.000.000	65.000.000	80.000.000
Ges. Schuldscheindarlehen	14.098.647.597	13.811.686.339	14.173.437.281	13.716.872.687
nachrichtlich				
Stückzahlen	687 Stück	727 Stück	601 Stück	622 Stück

Abbildung 20: Gläubigerstruktur Schuldscheindarlehen 2007-2010

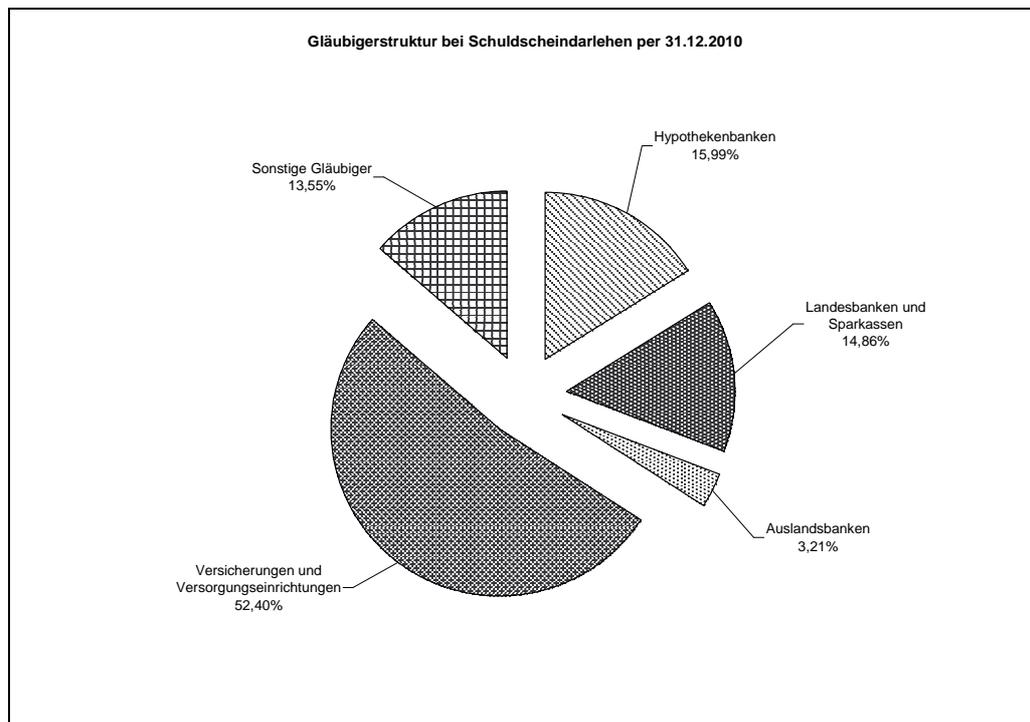


Abbildung 21: Gläubigerstruktur Schuldscheindarlehen 31.12.2010

5.4 Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden

Die nachstehende Grafik zeigt die Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden des Landes per Ende des Haushaltsjahres 2009 und deren Veränderung durch die Abschlüsse im Haushaltsjahr 2010. Die Finanzkrise führte auch im Jahr 2010 zu einer dominanten Investorennachfrage im Bereich der kürzeren Laufzeiten. Vor allem im Zuge der Wertpapieremissionen wurde vom Land Schleswig-Holstein gezielt das mögliche Laufzeitspektrum ausgeschöpft. So ist es gelungen nahezu 60 Prozent der Kredite im fünf- bis siebenjährigen Laufzeitband abzuschließen, sodass das niedrige Zinsniveau für längere Zeit fixiert ist. Aus der Versicherungsbranche wurden wiederum Schuldscheindarlehen, verstärkt mit überlangen Laufzeiten ab 20 Jahren nachgefragt.

Durch die weiteren laufenden Finanzierungen wird sich das jetzt noch relativ niedrige Tilgungsvolumen im Jahr 2015 bzw. ab dem Jahr 2017 deutlich erhöhen und damit die Entwicklung der Fälligkeitsstruktur verstetigen.

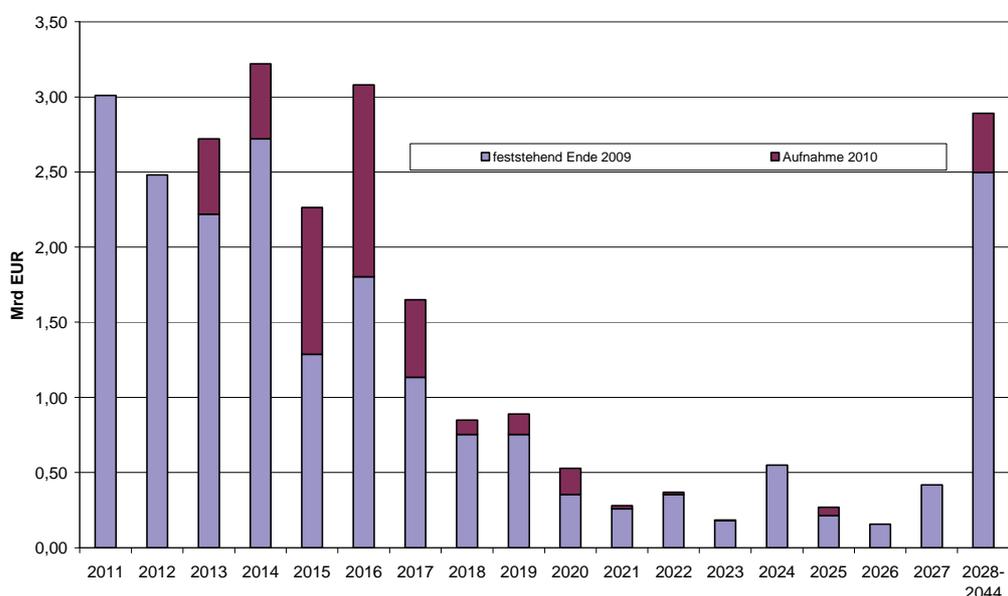


Abbildung 22: Fälligkeitsstruktur Kreditmarktschulden 31.12.2010

5.5 Struktur der Verzinsung

Das Land Schleswig-Holstein betreibt im Rahmen des Portfoliokonzepts eine gezielte Ergebnis-Risiko-Steuerung der gesamten Zinsausgaben aus Krediten und Finanzderivaten. Seit dem Jahresbericht 2006 werden die wesentlichen Kennziffern zur Charakterisierung der Verzinsungsstruktur des Landes veröffentlicht. Mit Bezug auf die gesamten Kreditmarktschulden in Höhe von rd. 25,6 Mrd. € zum Jahresende 2010 werden nachfolgend der Anteil an festen und variablen Finanzierungen, die durchschnittliche Restlaufzeit sowie die durchschnittliche Zinsbindungsfrist betrachtet:

- Der Bestand der Kreditmarktschulden zum 31.12.2010 teilte sich auf in 82% (2009: 83%) festverzinsliche und 18% (2009: 17%) variabel verzinsliche Verpflichtungen. Unter Berücksichtigung der Derivate erhöhte sich der feste Anteil auf 85% (2009: 90%) und wurde somit im Vergleich zum Vorjahr geringfügig reduziert. Der variable Anteil verringerte sich durch den Derivateinsatz entsprechend auf 15% (2009: 10%).
- Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes hat sich auf 5,54 Jahre nur leicht verkürzt (2009: 5,61 Jahre). Damit konnte die bestandsseitige Verkürzung im

Jahresverlauf durch die Neuabschlüsse mit längerer Kapitalbindung fast vollständig kompensiert werden.

- Die durchschnittliche Zinsbindungsdauer, die Laufzeit- und die Verzinsungsstruktur in einer Größe kombiniert sowie die Finanzderivate berücksichtigt, hat sich sogar leicht auf 4,48 Jahre zum Jahresende 2010 erhöht (2009: 4,4 Jahre). In dieser Entwicklung kommt der starke Einsatz der Finanzderivate zum Zweck der Sicherung der Verzinsung im Umfeld historisch niedriger Zinsen zum Ausdruck.

Die Kennzahlen bringen die umfangreichen Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements zur mittel- bis langfristigen Optimierung der Zinskostenstruktur zum Ausdruck. Mit Blick auf die eingeschränkte Risikotragfähigkeit des Landeshaushalts wurden in 2010 – wie bereits in den letzten Jahren - zinsgünstige Phasen zur Begrenzung der Zinsänderungsrisiken genutzt.

So bestand auch in 2010 Investorennachfrage krisenbedingt vor allem im Bereich großvolumiger Wertpapieremissionen mit kurzer Laufzeit bzw. variabler Verzinsungen. Unter Verzicht auf kurzfristige Renditevorteile wurde seitens des Landes das verfügbare Laufzeitspektrum im Zuge der Finanzierungen genutzt. Durch den Einsatz der Finanzderivate wurde der variabel verzinsliche Anteil deutlich gesenkt und ein relativ hoher Anteil der zukünftigen Anschlussfinanzierungen vorzeitig gesichert. Im Zuge der konservativen Finanzierungsstrategie konnte die Liquidität zu jeder Zeit gewährleistet werden. Wie die Ergebnisse verdeutlichen, ist auch in 2010 die Optimierung der Zinskostenstruktur, die auf die laufende Nutzung der Kostenvorteile unter Berücksichtigung der langfristigen Zinsänderungsrisiken ausgerichtet ist, gelungen.

Stand der „Allgemeinen Schuldverpflichtungen“ des Landes Schleswig-Holstein

1. Schuldenstand

Der Schuldenstand entsprechend der Schuldenstatistik der Länder (SF- Schu) zum Stichtag 31.12.2010

1.1. Schulden aus Kreditmarktmitteln	25.649,79 Mio. €
davon	
1.1.1 Wertpapierschulden *)	
Landesschatzanweisungen (Euro)	11.696,40 Mio. €
Landesschatzanweisungen (Fremdwährung)	236,51 Mio. €
1.1.2 Schuldschein- und Vertragsdarlehen	
bei Kreditinstituten	6.302,82 Mio. €
beim sonstigen inländischen Bereich	7.203,83 Mio. €
beim sonstigen ausländischen Bereich	80,00 Mio. €
beim sonstigen üblichen Bereich	130,23 Mio. €
1.2. Schulden bei üblichen Haushalten	
beim Bund (Wohnungsbau und Sonstige)	348,04 Mio. €

Fundierte Schulden am 31.12.2010 **25.997,82 Mio. €**

nachrichtlich:

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	40,54 Mio. €
davon	
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	0,00 Mio. €
Finanzierungsleasing	26,88 Mio. €
ÖPP-Projekte nach ESVG	13,66 Mio. €

Die fundierten Schulden am Ende des Haushaltsjahres 2010 betragen in Abgrenzung zum Schuldenstand lt. Schuldenstatistik der Länder (SF-Schu)

26.317,46 Mio. €

abzüglich

Schuldenaufnahme für das Haushaltsjahr 2010 mit einer Valuta im Jahr 2011

319,64 Mio. €

25.997,82 Mio. €

*) Schuldenstand um den Eigenbesitz des Landes an Wertpapieren (Schatzanweisungen) in Höhe von 114,26 Mio. € – wie in der Schuldenstatistik der Länder (SF-Schu) ausgewiesen – vermindert.

2. **Nachweis der am 31. Dezember 2010 in Kraft befindlichen Landesbürgschaften**

Beitrag vom Bürgschaftsreferat (VI 265)

In das Landesschuldbuch - Abt. C - waren Bürgschaften, Gewährleistungen und Kreditaufträge (inkl. Globalbürgschaften) eingetragen in Höhe von	- € -	1.475.554.258,62
./. Rückführungen und nicht ausgenutzte Rahmen der Globalbürgschaften		1.044.095.909,35
./. bisher geleistete Abschlagszahlungen		815.194,34
./. Bundesanteil/Gemeinschaftsaufgabe		<u>31.969.817,94</u>
	Zwischensumme:	398.673.336,99
+ mitverbürgte Zinsen		<u>21.665.268,70</u>
	Gesamtsumme:	<u><u>420.338.605,39</u></u>

Eine detaillierte Aufgliederung des Bestandes ergibt sich aus der Anlage.

I <u>Haushaltsgesetz 2009/10</u>	EURO	EURO	EURO	EURO
1. § 18 Abs. 1 - Wirtschaftsförderung				
Globalbürgschaften				
- TA (30 Mio. €)	4.893.160,41			
- gew. Wirtschaft (200 Mio. €)	8.693.290,20			
- IB-SoDa (2 u. 30 Mio. €)	15.644.993,43			
- EFRE-Fonds (6,18 Mio. €)	3.993.825,00			
- RBE BB (129,5 Mio. €)	57.439.470,43			
- 1. Nachtrag RBE BB (47 Mio. €)	27.074.273,69			
- RGE BB (18,3 Mio. €)	6.268.433,42			
- 1. Nachtrag RGE BB (6 Mio. €)	3.508.046,26			
Einzelbürgschaften	<u>511.291,88</u>	128.026.784,72		
			815.194,34	
<i>./. Abschlagszahlungen</i>				
<i>./. Bundesanteil GA-Bürgschaften</i>	287.515,16			
<i>./. Abschlagszahlungen</i>	<u>0,00</u>	287.515,16		
<i>./. Bundesanteil GA-Erweiterung</i>	1.370.435,25			
<i>./. Abschlagszahlungen</i>	<u>74.519,67</u>	<u>1.295.915,58</u>	125.628.159,64	
2. § 18 Abs. 2 - Schifffahrt/Schiffbau				
Globalbürgschaft (500 Mio. €)	113.540.313,52			
Einzelbürgschaften	<u>6.384.000,00</u>	119.924.313,52		
<i>./. Abschlagszahlungen</i>			0,00	
<i>./. Bundesanteil GA-Erweiterung</i>	30.386.387,20			
<i>./. Abschlagszahlungen</i>	<u>0,00</u>	<u>30.386.387,20</u>	<u>89.537.926,32</u>	215.166.085,96
		+10 % für mitverbürgte Zinsen:		<u>21.516.608,60</u>
				236.682.694,56
3. § 18 Abs. 3 - GKSS-Forschungszentrum Geesthacht				
			2.020.650,00	
4. § 18 Abs. 6 - GVB				
			<u>180.000.000,00</u>	182.020.650,00
			Summe I	418.703.344,56
II <u>Sonderermächtigungen früherer Haushaltsjahre</u>				
1. HG 1984 § 15 Abs. 13 - Waldorfpädagogik				
			313.326,83	
2. HG 2006 § 16 Abs. 3 - Wohlfahrtspflege				
			<u>1.173.274,20</u>	1.486.601,03
		+10 % für mitverbürgte Zinsen:		<u>148.660,10</u>
				1.635.261,13
			Summe II	1.635.261,13
		Gesamtsumme I und II:		<u><u>420.338.605,69</u></u>

Schuldenstand der ausgegliederten Bereiche:

	31.12.2009:	31.12.2010:
I. Liegenschaftsverwaltung (LVSH)	388 Mio. €	369 Mio. €
II. Vermögensbeteiligung (GVB)	180 Mio. €	180 Mio. €
III. Krankenhausfinanzierung	<u>280 Mio. €</u>	<u>301 Mio. €</u>
Summe	848 Mio. €	850 Mio. €

Die Schulden I. der LVSH und II. der GVB sind per 01.01.2011 in den Landeshaushalt (Kapitel 1116) übertragen worden.